

WAS DIESES HEFT BRINGT

Seite

Hans Peter Johannsen

Vom Sinn und den Möglichkeiten unserer Arbeit 60

Jørgen Hamre

Zur Überreichung des ersten Exemplares

„Der europäische Aufbruch“ in dänischer Sprache 64

Poul Kürstein

Hartwig Schlegelberger – ein Mensch im Grenzland 65

Jens Jessen, Deutschland und die Deutschen 74

Erik Jessen

Grenz- und Strukturprobleme in Nordschleswig

und dem südlichen Jütland 91

Sønderjyllands Amtsråd seine Arbeitsweise und Probleme 100

Umschau ab Seite 110

POUL KÜRSTEIN, am 17. November 1919 in Kopenhagen geboren; als Volksbibliothekar ausgebildet. November 1944: Stellvertretender Leiter von Flensborghus Bogsamling, während F. Mommsen deutsche Kriegsdienste leistete; 1945—66 Leiter der dänischen Bibliothek in Schleswig; seit 1966 Leiter der Studienabteilung der dänischen Zentralbibliothek in Flensburg. Verfasser mehrerer Bücher und zahlreicher Zeitungs-

und Zeitschriftenaufsätze, besonders über schleswigsche Geschichte und Kulturgeschichte, auch in den „Grenzfriedensheften“.

ERIK JESSEN, geboren 1919 in Apenrade. Lehre im Textilfach, kaufmännische Ausbildung. Von 1958 bis 1970 Bürgermeister in Apenrade, seit 1970 Amtsbürgermeister in Sønderjyllands Amtskommune.

Zu unseren Bildern: Die Abb. Seite 68—73 zeigen Ausschnitte aus der diesjährigen Mitgliederversammlung des Grenzfriedensbundes (Foto Callsen, Husum). Die Abb. Seite 76, 86 und 93 wurden uns freundlicherweise von der Studienabteilung der Dansk Centralbibliothek in Flensburg überlassen. Die Abb. Seite 110 Amtsbürgermeister Jessen (Foto P. Clausen, Aabenraa).

Die Grenzfriedenshefte erscheinen vierteljährlich und werden herausgegeben vom Grenzfriedensbund. Bezugspreis für V 3339 F 2,— DM, für V 3340 F 1,— DM jährlich. Für die mit Autornamen versehenen Beiträge zeichnen die Verfasser verantwortlich. *Redaktion:* Ernst Beier, 239 Flensburg, Waldstraße 40. Geschäftsstelle Husum, Theodor-Storm-Straße 9. Druck: Christian Wolff, Graphische Betriebe, Flensburg.

GRENZ- FRIEDENS- HEFTE

UMDENKEN UND NEUDENKEN IM GRENZLAND

Der langjährige Leser der Grenzfriedenshefte weiß, daß die Redaktion stets versucht, das einzelne Heft aus einem Gedankengang heraus zu gestalten. Daß dabei zugleich die Aktualität der Tagesprobleme nicht übersehen wird, ist ein Gebot, dem sich auch eine Vierteljahreszeitschrift beugen muß. War im vorigen Jahr, also dem Jahre des Gedenkens an 1920 und für den Grenzfriedensbund an 1950, der ganze Jahrgang diesem Gedenken gewidmet und brachte er dementsprechend vorwiegend Rückschau und Tatsachen enthaltende Beiträge, so möchte der Jahrgang 1971 insgesamt einen Eindruck von den Denkanstößen des Jubiläumsjahres vermitteln. Die öffentliche wie die private Debatte zwischen Einzelpersonen ist zur Zeit davon geprägt, daß man wichtige Ereignisse und Personen der engeren Geschichte des Grenzlandes aus der Sicht von heute umwertet und daß man versucht, Ziele für die Zukunft zu postulieren. Ganz offenbar sind wir in einem Um- und Neudenken begriffen.

Das erste Heft dieses Jahrganges 1971 brachte in dem Beitrag von Günter Lapp Geschichte, die einstmals politische und menschliche Substanz besaß, die wir heute interessiert, aber, was nicht als respektlos zu betrachten ist, sogar mit einem leisen Schmunzeln zur Kenntnis nehmen können. Der Aufsatz von Horst Frank über den Deutschunterricht ging nicht nur die Deutschlehrer an, sondern alle, die im „deutsch sein“ oder „dänisch sein“ Wert, Gefahr und Aufgabe sehen.

Das vorliegende Heft bringt zur Profilierung dieser Gedanken aus heutiger Sicht und aus dem Alltag von heute Beiträge, in denen das Umdenken auf dänischer Seite — siehe den Beitrag von Poul Kürstein über Jens Jessen — deutlich wird. In denen weiter insbesondere in dem Bericht aus Anlaß des Erscheinens des Beitrages von Hartwig Schlegelberger „Der europäische Aufbruch“ aus dem d+d-

Taschenbuch Nr. 4 in dänischer Sprache der Versuch eines deutschen Politikers mitgeteilt wird, wie dieser sich die Gestaltung der Zukunft im Grenzraum Schleswig vorstellt. Hier werden neue Wege auf gezeigt. Neues in der administrativen und wirtschaftspolitischen Gestaltung Nordschleswigs, d. h. des neuen Großamtes Sønderjylland, bringen die Ausführungen des ersten Amtsbürgermeisters in diesem Gebiet, Erik Jessen.

Die Grenzfriedenshefte gedenken Beiträge von Paul Koopmann, in denen das Umdenken auch in der deutschen Volksgruppe in Nordschleswig erkennbar wird, im nächsten Heft zu bringen, zugleich werden sie aus dem neuen Kommunalraum südlich der Grenze Berichte enthalten. Ein Beitrag von Professor Troels Fink wird gewissermaßen zusammenfassend die Frage nach dem Sinn der Geschichte ganz allgemein und in der Anwendung auf unseren Raum, stellen. Schließlich ist geplant, im letzten Heft des Jahres über den Stand der Friedensforschung zu berichten. Literarische Beiträge werden dieses Bild abrunden, so daß der gesamte Jahrgang, so hofft die Redaktion, sich in der Reihe seit 1953 als Zeugnis für das Um- und Neudenken in unserer Heimat einmal besonders hervorheben wird.

Dr. J. / eb

Vom Sinn und den Möglichkeiten unserer Arbeit

Aus dem Jahresbericht

auf der Mitgliederversammlung 1971 des Grenzfriedensbundes

Aus Anlaß unserer Zwanzig-Jahr-Feier im vorigen Jahre stellte ich fest, daß eine Organisation, die nicht bereit ist, sich selbst mit ihrer Zielsetzung immer wieder in Frage zu stellen, in der Gefahr ist, zu verrotten und zu veralten. So stelle ich auch jetzt wieder die Frage nach dem Sinn und vor allem nach den heute möglichen Formen unserer Arbeit.

Stellen wir diese Frage zunächst in einen größeren Rahmen, denn unsere Existenz als Grenzverband ist ja im Zusammenhang mit der Tatsache der heutigen Staatsgrenze und dem Vorhandensein nationaler Minderheiten auf beiden Seiten der Grenze als dem Ergebnis einer langen Geschichte zu sehen. Was die Minderheiten betrifft, so hofft der Grenzfriedensbund, sich als Freund dieser beiden Gruppen bezeichnen zu dürfen. Daraus leitet er zwar nicht das Recht ab, in ihre Angelegenheiten hineinzureden, jedoch verfolgt er mit Interesse ihre Entwicklung im politischen und vor allen Dingen im kulturellen Sektor.

Was den politischen Sektor betrifft, so ergeben sich nach der letzten Landtagswahl einige Fragen grundsätzlicher Art, vor allem die eine Frage, ob die Profilierung von nationalen Minderheiten im Sinne einer politischen Partei, d. h. im Sinne des pluralistischen Parteiensystems der parlamentarischen Demokratie, problematisch wird. Uns steht es nicht zu, eine Antwort auf diese Frage zu erteilen; als interessierte Landsleute jedoch vertreten wir die Auffassung, daß heute in Schleswig nationale Minderheiten in erster Linie kulturelle Gemeinschaften sind, denen nach unserer Auffassung von staatlicher Seite reale Möglichkeiten der Entfaltung ihres Eigenlebens gegeben werden müssen. Diese Situation ist durch die Geschichte herbeigeführt worden. Wenn heute aus Gründen, die die Entwicklung des gegenwärtigen politischen und vor allem wirtschaftlichen Lebens in ganz neuer Weise bedingen, in nicht geringer Zahl die Mitglieder nationaler Gruppen ihre Interessen von den politischen Parteien des Landes, in dem sie wohnen, vertreten sehen und auch so wählen, dann erhebt sich die Frage, ob Wahlen auf Landesebene wirklich noch echter Ausdruck solcher Gruppen sind. In diesem Zusammenhang sind die jüngsten teils kontroversen, teils übereinstimmenden Äußerungen der Chefredakteure K. O. Meyer (Flensburg Avis) und Jes Schmidt (Der Nordschleswiger) interessante Beiträge zur gegenwärtigen politischen Debatte. Meiner persönlichen Meinung nach würde die

heute geringer einzuschätzende Bedeutung der Wahlen zum Parlament nicht zuletzt bedeuten, daß künftig die Schule das eigentliche Plebiszit darstellt. Dies würde freilich bedingen, daß der Entschluß der Eltern, wohin sie ihre Kinder schicken wollen, wirklich — innerlich und äußerlich — frei ist, ohne Rücksicht auf Nachbarn und kleine oder große Machthaber.

Der Grenzfriedensbund nun, so sagten wir, ist trotz seiner besonderen Zielsetzung auch als ein Ergebnis der nationalstaatlichen Entwicklung mit der Wurzel im 19. Jahrhundert zu erklären, er ist aus dem Spannungsverhältnis an der Grenze entstanden, aber er ist davon ausgegangen, daß die Situation, wie sie ist, akzeptiert werden muß. Auch für uns stellt sich bei fortschreitender Entwicklung die Frage nach dem Konzept unserer eigenen Existenz.

Und da meine ich, daß unsere Satzung uns die Antwort finden läßt. Nach dieser Satzung wollen wir „deutsche Kulturarbeit im europäischen Geiste leisten, uns der Förderung kultureller, sozialer und wirtschaftlicher Aufgaben widmen und schließlich die Aufmerksamkeit öffentlicher und privater Kreise Deutschlands auf die Aufgaben im nördlichsten Grenzland hinlenken“. Jedes dieser Ziele enthält ein großes Arbeitsprogramm. Daß dabei die Akzente verschieden gesetzt worden sind und auch in Zukunft verschieden gesetzt werden können, ist eine Frage zweiter Ordnung. Wir befinden uns zur Zeit in einer Debatte, ob wir in Zukunft stärker auf die kulturelle Arbeit Gewicht legen wollen, während wir in den fünfziger Jahren aus naheliegenden Gründen das Hauptgewicht auf die Sozialarbeit legten. Lassen Sie mich dazu an zwei Beispielen zeigen, wo neue Akzente auf dem Gebiet der Kulturarbeit gesetzt werden könnten und auch sollten:

Wichtiger Bestandteil unserer Kulturarbeit sind unsere Grenzfriedenshefte; gleichrangig rangieren die Tagungen.

Die Grenzfriedenshefte blicken allmählich auf eine Tradition zurück. Sie erscheinen immerhin seit 1953. Manches Lob, das sie erhalten, darf nicht zur Beruhigung, sondern muß zur Unruhe führen, wie man es noch besser machen kann.

Wir dürfen vielleicht sagen, daß die auf unseren Raum zugeschnittene Themenfülle und der Rang unserer Autoren tatsächlich eine gute Zensur verdienen. Wir dürfen weiter sagen, daß wir im Hinblick auf vergleichbare Zeitschriften durchaus wirtschaftlich arbeiten. Im kleinen stehen die Grenzfriedenshefte in der gleichen Situation wie die großen kulturellen Zeitschriften, die heute so schwer zu ringen haben. Sie müssen den Mut haben, gewichtige Themen in gewichtigem Rahmen zu behandeln. Hier muß die Geldausgabe gewagt werden, und diese ist berechtigt, wenn das Geld klug eingesetzt wird. Damit will ich sagen, daß wir die Grenzfriedenshefte im gleichen äußeren Rahmen und hoffentlich bei steigender Debattenfreudigkeit in ihren

Seiten fortführen sollten. Diese Aufgabe nimmt uns zur Zeit niemand ab, und wir meinen, daß wir uns mit den Heften immer noch in einer historischen Situation befinden, nämlich in einer Phase der endgültigen Umwandlung des deutsch-dänischen Verhältnisses. Diese ist dadurch gekennzeichnet, daß das nachbarliche Leben beider Völker auf dem Wege von einer krisenanfälligen Situation zu einem entspannten Diskussionsverhältnis zwischen zwei gleichberechtigten Partnern ist. Es wäre unser schönster Dank, wenn die Grenzfriedenshefte von künftigen Historikern einmal zu den Schrittmachern dieser Entwicklung gerechnet würden. Wir vertreten die Auffassung, daß es gilt, die großen menschlichen Werte des nationalen Lebens in den Grenzfriedensheften zu interpretieren, ihre Verzerrung aber zu tadeln, d. h. also auch vom Leben der Minderheiten zu reden, zugleich aber das gesamte nationale Leben beider Völker deutlich zu machen und für die gegenseitige Information zu sorgen. Das kostet Einfälle, Arbeit und Geld. Wir sind zwar eine Regionalzeitschrift, aber doch etwas mehr.

Das gleiche Programm wäre für unsere Tagungen zu entwickeln, und ich kann mitteilen, daß sehr interessante Vorschläge der Verwirklichung harren.

Wir fragen nach dem Sinn und der Form unserer Arbeit heute und in Zukunft. Wir dürfen sicherlich die Feststellung wagen, daß unsere heimatliche Landschaft — unsere Region — in der Fülle ihrer Schönheit, in der Fülle dessen, was die Menschen politisch und kulturell aus ihr gemacht haben, einen Unter- und Hintergrund des Lebens für jeden einzelnen darstellt, aus dem er wiederum etwas für sich machen kann, um seinem Leben einen reichen Inhalt zu geben. Im Gegensatz zu der allzu selbstzufriedenen und politisch gefährlich missionarischen Lebensform des Nationalismus bestreben wir uns, eine offene Gesellschaft zu gestalten, in welcher dem einzelnen und den Gruppen eine große Entfaltungsmöglichkeit gegeben wird. Das setzt vielleicht neue Angebote des Staates hinsichtlich der Ordnung und Vertretung des Eigenlebens der nationalen Gruppen voraus, das setzt aber auch die klare Profilierung dieser Gruppen selbst voraus, ohne ein Schielen nach hier oder dort. Die Lebensformen des schleswig-holsteinisch-dänischen Gesamtstaates kommen nicht wieder, die des Nationalstaates zu überwinden sind wir dabei. Für welche neuen Formen wollen wir die Fundamente legen? Das ist eine Frage, zu der alle Bürger aufgerufen sind, nicht zuletzt auch die Mitglieder des Grenzfriedensbundes.

Der Gesamtstaat ist zu den Akten der Geschichte gelegt. Das schleswig-holsteinische Lebensgefühl des 19. Jahrhunderts wurde spätestens 1933 ein Gegenstand der Archive. Auf welchen Nenner wollen wir unser Leben, unsere Zeit und ein Glück unserer Zukunft bringen? Denn das ist andererseits auch Gewißheit: das Neue kann ohne das Beste des Alten nicht entstehen — und sei es auch

manchmal im Widerspruch zu ihm. Mit der Formel des 18. Jahrhunderts „Seid umschlungen, Millionen“ können wir nicht mehr leben. Sie zerbrach an den nationalen Realitäten. Nur noch mit Rührung lesen wir die Verse eines der deutschesten aller Dichter, Matthias Claudius, die er 1792 für den dänischen Kronprinzen schrieb:

„Wollen Deine Ruh' nicht trüben
Nach der Zeiten Brauch;
Wollen ehren Dich und lieben.
Aber lieb uns auch.“ Der Däne Asmus

Noch weniger jedoch können wir mit der Formel „Mit Gott für Kaiser und Reich“ leben. Sie führte in namenloses Unglück und Verbrechen.

Wer findet die Formel, die uns, die Lehren der Geschichte beherzigend, unser Leben gesellschafts- und nationalpolitisch richtig gestalten hilft? Sicher haben wir schon Teile in der Hand, aber noch fehlt das einigende Band.

*

Die Mitgliederversammlung des Grenzfriedensbundes fand in diesem Jahre wieder in Husum, und zwar in Thordens Hotel statt. Auch diesmal hatten sich unsere Mitglieder, Freunde und Gäste von diesseits und jenseits der Grenze in erfreulich großer Zahl eingefunden. Der Erläuterung des den Mitgliedern schriftlich vorliegenden Jahresberichtes fügte Dr. Hans Peter Johannsen als Vorsitzender die vorstehend wiedergegebenen grundsätzlichen Überlegungen vom Sinn und den Möglichkeiten der Arbeit des Grenzfriedensbundes an. Die seinem Bericht und der Erstattung des Kassenberichtes folgende kurze Aussprache, in der u. a. Rudolf Stehr aus der Sicht des Bundes deutscher Nordschleswiger zu den Gedanken Dr. Johannsens Stellung nahm, zeigte das volle Einverständnis der Mitgliederversammlung mit der vom Vorstände geleisteten Arbeit. Das kam auch zum Ausdruck in der einstimmig erteilten Entlastung desselben und seiner ebenso einmütig erfolgten Wiederwahl für die nächsten zwei Jahre, der sich also weiterhin zusammensetzt aus Dr. H. P. Johannsen, Bibliotheksdirektor, Flensburg, erster Vorsitzender; Ernst Beier, Rentner, Flensburg, zweiter Vorsitzender; Ernst Harms, Reg.-O.-Insp. a. D., Husum, Geschäftsführer; Heinz Adler, Oberbürgermeister, Flensburg; Martha Iwersen, Dipl.-Bibliothekarin, Flensburg; Wilhelm Käber, Minister a. D., Kiel; Franz Osterroth, Schriftsteller, Lübeck; Heinz Schlüter, Studienrat, Flensburg; Gerhard Schulz, Gewerkschaftssekretär, Husum, als Beisitzer.

Die Vorführung eines einstündigen Farbfilms über Nordschleswig und die deutsche Volksgruppe, betitelt „Denn das Kleine ist das Große“ schloß sich dem geschäftlichen Teil an und das gemeinsame Mittagessen gab noch Gelegenheit zu persönlichen Kontakten und Gesprächen, die gerade bei einer Vereinigung wie dem Grenzfriedensbund, der seine Arbeit mit einem Minimum an Organisation und Apparat leistet, so wichtig sind. eb

Zur Überreichung des ersten Exemplares „Der europäische Aufbruch“ in dänischer Sprache

Auf einer Zusammenkunft in der Dansk Centralbibliotek in Flensburg konnte Minister a. D. Dr. Schlegelberger das erste Exemplar des im Verlag Skandia Flensburg erschienenen Buches „Europa set fra den dansk-tyske Grænse“ entgegennehmen. Es handelt sich um die dänische Übersetzung von Dr. Schlegelbergers Beitrag im d+d-Taschenbuch Nr. 4 „Der europäische Aufbruch“. — Oberbibliothekar Jørgen Hamre hob in seiner Ansprache — die wir nachstehend im Auszuge bringen — die Bedeutung dieser Übertragung ins Dänische besonders hervor und würdigte die Verbundenheit des Verfassers mit dem schleswigschen Grenzlande und seine Arbeit im Interesse desselben. — Sichtlich bewegt dankte Dr. Schlegelberger und bezeichnete diese Stunde als einen Höhepunkt in seinem Leben.

Ich weiß, daß Poul Kürstein sich darauf gefreut hat, dem Verfasser Dr. Schlegelberger das erste Exemplar der dänischen Übersetzung von „Der europäische Aufbruch“ überreichen zu können, und ich bin sicher, daß Herr Kürstein zu der treffenden Charakteristik, die er in seiner Einleitung zum Buch über den Verfasser gegeben hat, weitere geflügelte Worte hinzugefügt hätte. Ich will nicht versuchen, mit meinem Bibliothekarkollegen in der Auswahl von Charakteristiken zu konkurrieren, wenn ich aber meine erste Rose an den Verfasser abliefern sollte, da müßte ich sagen, daß Ihre Erlebnisse, Herr Doktor, und Ihre Eindrücke, Ihre Assoziationen und Gedanken und Ihre Formulierungen dieser notwendigen Komponenten zu einem Essay, auch zu einem Essay geschichtlich-politischer Art, nicht schlechter davon geworden sind, ins Dänische übersetzt worden zu sein. Das klingt vielleicht zurückhaltend, nicht jedoch, wenn man weiß, daß die Dänen es häufig bei offiziellen Gelegenheiten lieben, auf jütisch zu loben, daß heißt, so lakonisch wie möglich — und gerne mit einer Verneinung. Das vorgenannte unbedingte Lob enthält gleichzeitig eine Rose für den Übersetzer, Vizekonsul Herluf Hansen, für eine Übersetzung, die ich jedenfalls nach der ersten flüchtigen Durchsicht als fehlerfrei bezeichnen möchte.

*

Nur einige wenige Worte über Dr. Schlegelbergers Buch, selbst wenn es verführerisch ist, zu versuchen, in größerem Umfang seinen Eindrücken während der Lektüre desselben Ausdruck zu geben. Es heißt in dem Buche im 3. Kapitel „Dänemark und Schleswig-Holstein — wie es scheint und wie es ist“ — an einer Stelle: „Man hat ein ganz natürliches und ungekünsteltes Verhältnis zu seinem Staat, symbolisiert durch den Danebrog. Überall weht er, er gehört zu einem. Man liebt ihn, ohne daß man davon spricht. Man hält ihn für etwas Besonderes. Trotzdem, man ist aufgeklärt und modern und will von Gefühl nichts wissen. Aber wenn man in ein dänisches Liederbuch schaut, dann sieht es etwas anders aus, und ich meine, so ganz im allerhintersten Winkel des Herzens glaubt man doch noch etwas daran, daß der Danebrog damals in der Schlacht um Estland im Jahre 1219 vom Himmel

gefallen sei. Diese Mischung von Emotionalem und Rationalem scheint mir sehr typisch für den Dänen zu sein ...“ Das nenne ich gut beobachtet von einem Nachbarn, und es gibt in Dr. Schlegelbergers großem Essay zahlreiche Beobachtungen von dieser Art, oft charmant formuliert, oft jedoch dargebracht auf eine Art, daß sie eine Herausforderung nicht nur an das dänische Gemüt und die dänische Mentalität sind, sondern auch an das schleswig-holsteinische — wenn es ein solches noch gibt — und eine Herausforderung an deutsche Mentalität und deutschen Gedankengang.

*

Es erscheint mir wesentlich, daß die dänische Ausgabe dieses deutschen kulturpolitischen Essays verbunden ist mit Joachim Steffens offenem Brief an Minister Schlegelberger vom Jahre 1963, mit der Antwort des Ministers und mit dem Gespräch am Runden Tisch im NDR, welches das Ergebnis dieses Briefwechsels war.

*

Weiterhin ist es nicht ganz verkehrt, anzunehmen, daß gerade „Der europäische Aufbruch“ mit seinem Anhang in der dänischen Ausgabe als Beispiel bestehenbleiben kann dafür, wie ein deutscher Politiker auf der Schwelle der siebziger Jahre seine Einstellung zu drei in diesen Jahrzehnten gegenwärtigen Problemen formulieren konnte: Bewältigung der Vergangenheit, die europäische Integration und — mehr örtlich bedingt, deshalb jedoch nicht weniger wesentlich — der Alltag in einem staatspolitischen Grenzgebiet, in dem zwei Kulturen gelebt haben, leben und zusammen leben wollen.

Es liegt damit ein alles in allem fertiges Porträt eines modernen deutschen Politikers vor, der eine relativ lange Reihe von Jahren in der Nachkriegszeit einerseits parteipolitisch engagiert war in der Entwicklung Schleswig-Holsteins — und das bedeutet, in einem demokratischen Land politisch engagiert — und der andererseits sich im klaren darüber war, daß er es weder als Politiker noch als Minister unterlassen konnte, sich an der täglichen Situation im nördlichsten Teil des Teilstaates, nämlich der Grenzlandsituation, zu beteiligen.

Warum und weshalb, versucht Bibliothekslektor Poul Kürstein in seiner Darstellung des Menschen, Politikers und Grenzlandpolitikers Hartwig Schlegelberger im Vorwort der jetzt vorliegenden dänischen Ausgabe zu beantworten. (Nachstehend die deutsche Übersetzung dieses Vorwortes.)

POUL KÜRSTEIN

Hartwig Schlegelberger - ein Mensch im Grenzland

Dr. Hartwig Schlegelberger war bis vor kurzem — Mai 1971 — Innenminister des Landes Schleswig-Holstein, das aus der Hälfte Südjütlands, die wir normalerweise Südschleswig nennen, und dem alten Herzogtum Holstein besteht, wozu noch die frühere Freie Hansestadt Lübeck hinzukommt. Seit Jahren übt er großen Einfluß auf die Entwicklung in Südschleswig und damit auf das Verhältnis zwischen Dänemark und Deutschland aus. Es dürfte zweckmäßig sein, zuerst den Menschen, danach den Politiker und schließlich sein besonderes Verhältnis zur

Grenzpolitik zu schildern.

DER MENSCH

Wenn Schlegelberger vom Fach her auch Jurist ist, was viele Menschen mit einengenden Gesetzen und einer viereckigen oder an den Haaren herbeigezogenen Auslegung derselben in Verbindung bringen, ist er doch zu allererst ein musischer Mensch. Das ersieht man vollauf aus dem einzigen literarischen Beitrag von ihm, der in dänischer Sprache veröffentlicht worden ist, nämlich in „Vores egne Vindver“ 1967.¹ Sein darin erschienener Essay „Ganz tief in Süddeutschland“ kündigt von seiner Freude über das Theater. Er kennt die Kunst, genießt sie als ein Connaisseur und ist mit ihren Hauptwerken voll vertraut, zwar nicht wie ein Philologe, sondern wie der gute Theaterbesucher. In ihm lebt die gute alte bürgerliche deutsche Bildung, die ihren Goethe und Schiller auswendig gelernt hat und ihre Zitate in einer geistvollen Weise anzuwenden weiß. Aber er kennt die Klassiker nicht nur vom Theater her. Er ist auch ein guter Leser und überraschte im vergangenen Herbst mit einem vorzüglichen Vortrag über Theodor Fontane.² Seine Zuneigung zu diesem Dichter rührt nicht ausschließlich daher, daß sowohl der Dichter wie sein Leser beide Berliner und Nachkommen von Hugenotten-Flüchtlings sind, sondern Fontane für Schlegelberger auch ein Ausdruck altpreußischer Tugenden ist.

Es ist nicht zufällig, daß er deutsche Klassiker gern zitiert, wie in dem erwähnten Theateressay, aber genauso zitiert er aus Shakespeare im Hauptstück des jetzt vorliegenden Buches, das nicht genügend leichtflüssig geschrieben ist, um ein Essay zu sein; es ist zu politisch, um eine Abhandlung zu sein, aber es ist zugleich zu philosophisch, um ein politisches Programm genannt zu werden. In Schlegelberger steckt nämlich gar nicht so wenig von einem Philosophen. Das Shakespeare-Zitat aber: „He thinks to much: such men are dangerous“ aus dem Drama „Julius Cäsar“ ist hier in bitterem Ernst, in direkter Bedeutung und in seinem vollen Gewicht verwendet worden, und dies zeigt, daß der philosophische Kopf Schlegelberger genau die Gefährlichkeit der Philosophie in der Politik erkannt hat.

- 1 „Vores egne vindver“ ist ein Buch besonderer Art. Elf Aufsätze aus den Grenzfriedensheften, erschienen in den Jahren zwischen 1953 und 1967, wurden auf Anregung des dänischen Generalkonsuls Prof. Troels Fink von dem Leiter der Studiefdeling Dansk Centralbibliotek for Sydslesvig, Poul Kürstein, aus der Vielfalt der in diesem Zeitraum erschienenen Aufsätze ausgewählt und mit einem die Grenzfriedenshefte, ihre Herausgeber und Autoren charakterisierenden Vorwort versehen. Erschienen im Skandia Forlag Flensborg 1967. Siehe Grenzfriedensheft 4/1967.
- 2 Der Vortrag „Der Stechlin - lebendige Gesellschaftskritik oder Bilder aus deutscher Vergangenheit?“, gehalten in der Flensburger Volkshochschule, findet sich im Wortlaut im Grenzfriedensheft 4/1970, S. 145.

Schließlich und nicht zum mindesten ist Schlegelberger ein Schriftsteller und besitzt den besonderen Ehrgeiz, der diesem Menschenschlag eigen ist. Damit ist er auch ein Sprachkünstler. Die Schlegelberger-Sprache ruft den Bürgermeister Prätorius in dem Roman von Ernst Glaeser: „Der letzte Zivillist“ in die Erinnerung. Dieser sieht seine Rede durch und ist wohl zufrieden: „Die Sätze standen gut in jenem etwas umständlichen Deutsch, das er liebte.“ Im Gegensatz zu ihrem allgemeinen Ruf ist die deutsche Sprache eine sehr lebendige Sprache, die in der Feder eines Kenners leicht neue Ausdrücke schafft, besonders, wenn der Schreiber ein philosophischer Kopf und ein klardenkender Mann und ein bißchen ein Dichter ist. Eine solche Sprache erfordert es, daß der Leser den Gedankengängen folgt, und bringt es mit sich, daß es schwierig ist, sie in leichtfließendes Dänisch zu übersetzen. Auch Schlegelbergers Deutsch ist nicht ganz frei davon, „etwas umständlich“ zu sein; eine allzu wortgetreue Übersetzung würde den Sätzen eine Schwere geben, die sie in dem deutschen Original nicht haben. Im Gegenteil: Das Schlegelberger-Deutsch ist wesentlich leichter und eleganter als die Sprache so vieler sprachbewußter Prätoriusse.

DER POLITIKER

Bei einer ruhigen Entwicklung in Deutschland nach 1933 — wenn so etwas überhaupt denkbar gewesen wäre — würde er wohl mit seiner juristischen Ausbildung Beamter oder viel eher Berater eines großen Industrieunternehmens geworden sein, wie der wesentlich ältere heutige Präsident der Deutschen Bundesrepublik, Heinemann, es gewesen ist. Wäre der Krieg nicht gekommen, wäre er kaum Politiker geworden, denn dafür brauchte man in den Jahren nach 1933 ganz besondere Eigenschaften, und die hatte er nicht.

Die Umstände des Krieges führten den Berliner Schlegelberger nach Flensburg. Das Land Schleswig-Holstein hat aus ihm einen Politiker gemacht, und am Anfang war es Südschleswig und im engeren Sinne der Landkreis Flensburg. Dieser entspricht einem dänischen „Amt“ und umfaßt die Gegend westlich, südlich und östlich von Flensburg, die alten dänischen Wies-Uggel-, Husby-, Neu- und Munkbrarup-Harden, hierin mit einbegriffen Glücksborg, aber nicht die Stadt Flensburg, die „kreisfrei“, d. h. dem Landkreis verwaltungsrechtlich gleichgestellt ist. Hier wurde er zuerst Beamter im Sozialamt des Kreises und später Syndikus (ein Titel, den wir im Dänischen nur aus den Komödien Ludvig Holbergs kennen). In Deutschland bedeutet er aber juristischer Berater und Anwalt.

Im Jahre 1954 rückte er näher an die Politik heran, als die Mehrheit der CDU im Kreistag ihn als Nachfolger Friedrich Wilhelm Lübkes zum Landrat wählte. Früher entsprach der preußische Landrat dem „Amtmann“ eines dänischen „Amts“, aber beide Ämter haben ihren Inhalt gewechselt.

Das politische Oberhaupt des Kreises und des Kreistages ist der Kreispräsident.

Dagegen ist der Landrat besoldeter Beamter, der vom Kreistag gewählt wird, aber der Innenminister des Landes kann sich weigern, seine Wahl zu bestätigen, wenn dem Landrat Erfahrung auf dem Gebiet der kommunalen Selbstverwaltung fehlt, er darf die Bestätigung aber nicht von einer besonderen Prüfung abhängig machen, und das bedeutet, daß der Landrat nicht Jurist oder überhaupt Akademiker zu sein braucht. Die politische Bedeutung seiner Stellung ist indessen so groß, daß der Landrat vom Kreistag für zwölf Jahre gewählt wird. Als Vertreter des Innenministers führt er die Aufsicht in allen Land- und Stadtgemeinden mit weniger als 20 000 Einwohnern, und er hat eine ähnliche Aufsicht als Vertreter der Fachminister, so daß er gleichzeitig der oberste Beamte des Kreistages und der örtliche Aufsichtsführende der Landesregierung ist.

Im Kreistag mußte Schlegelberger mit den Abgeordneten der CDU, der Christlich-Demokratischen Union, der großen bürgerlichen Partei, und mit den politischen Gegnern, nämlich den Sozialdemokraten, und ferner mit einer nationalen Oppositionspartei, dem dänischen Südschleswigschen Wählerverband, dessen erster Mann im Kreis damals Niels Bøgh Andersen war, zusammenarbeiten.

1958 kam Schlegelberger direkt in die Politik hinein, als er Mitglied des Schleswig-Holsteinischen Landtages für die CDU wurde. Dieses Verhältnis: gleichzeitig Bürgermeister oder Landrat und Mitglied eines politischen Gremiums, eine Vermischung von Amt und Mandat, eine recht häufige Erscheinung, ist Gegenstand einer scharfen Kritik und lebendiger Diskussionen gewesen, und ab 1974 wird sie in Schleswig-Holstein nicht länger möglich sein.

Im Landtag ging es mit schnellen Schritten voran. Zuerst wurde Schlegelberger Vorsitzender des Finanzausschusses, und somit war es ganz natürlich, daß er im November 1961 Finanzminister im Ministerium von Hassel wurde. Im Mai 1963 wurde er Innenminister im Ministerium Lemke, wo er zugleich seit Februar 1963 stellvertretender Ministerpräsident war. Darüber hinaus ist er eines der vier schleswig-holsteinischen Mitglieder im Bundesrat, der die Vertretung der deutschen Länder und dem Bundestag in Bonn nebengeordnet ist. Daß Schlegelberger ein demokratischer Minister ist, steht außer allem Zweifel. Eben aus diesem Grund ist er nicht davor zurückgewichen, seine Machtmittel zu gebrauchen, um zu sichern, daß der Landtag in Ruhe, ohne den Druck von Demonstrationen, arbeiten kann. Diese Frage schimmert durch das Hauptstück seines Buches hindurch.

Es unterliegt keinem Zweifel, daß Schlegelberger für ein Ministeramt in Bonn qualifiziert sein würde, aber teils wird dieses außerhalb Schleswig-Holsteins und aus den recht irrationalen Ursachen, die die große Politik prägen, entschieden, teils ist es eine Frage, ob Schlegelberger nicht persönlich so an seine neue Heimat gebunden ist — er wohnt immer noch in Flensburg! —, daß er sie ungern verlassen will.

DER GRENZPOLITIKER

Im Jahre 1934 folgte Schlegelberger Friedrich Wilhelm Lübkes Fußtapfen sowohl als Landrat wie auch als Vorsitzender des Deutschen Grenzvereins für Kulturarbeit im Landesteil Schleswig. Dieser Verein unterstützt deutsche Kulturarbeit im Grenzland, nach 1945 fast ausschließlich in Südschleswig. Mit einer soliden Mehrheit im Rücken kann der Landrat großen Einfluß auch auf die nationalpolitische Entwicklung im Kreise ausüben, und die Spuren Lübkes erschreckten die Dänen. Er hatte lange eine sehr harte deutsche Politik betrieben, und sein Verhältnis zur Volkshochschule Jarplund z. B. kann nur in sehr starken Worten beschrieben werden, wenn die Wahrheit gesagt werden soll, und Schlegelberger wurde von dänischer Seite zunächst mit einem nicht geringen Mißtrauen begegnet. Der Wechsel des Landrates und des Vorsitzenden des Deutschen Grenzvereins war keine Kursänderung. Schlegelberger ist genau so deutsch wie Lübke es war. Aber es kam, wie es auf deutsch heißt, ein neuer Stil. Schon im selben Jahr luden der politische Leiter, der Kreispräsident Jensen-Ausacker, und der neue oberste Beamte, Landrat Schlegelberger, die Teilnehmer der „Flensburger Tage“ zu einer Tasse Kaffee in Glücksburg ein.

Die erste dänisch-deutsche Zusammenarbeit in Flensburg nach 1945 kann in das Jahr 1952 datiert werden, als der Leiter der Stadtbücherei in Flensburg, Dr. H. P. Johannsen, und Oberbibliothekar Torben Glahn von Flensborghus Bogsamling eine gemeinsame Buchausstellung von Werken über die Geschichte Südjütlands und Holsteins machten. Erst zwei Jahre später, 1954, begann man mit den „Flensburger Tagen“, die inzwischen eine recht feste Grenzlandinstitution geworden sind. Sie werden wechselweise auch in Nordschleswig unter dem Namen von „Dänisch-Deutschen Tagen“ abgehalten. Das Treffen aber war Sache der Stadt Flensburg und einige Jahre später auch der nordschleswigschen Städte; der Landkreis Flensburg hatte unmittelbar gar nichts damit zu tun. Deshalb ist es wert, sich der Kaffeetafel in Glücksburg zu erinnern, weil sie eine freundliche Tat des Landkreises war, wo das Verhältnis zwischen den nationalen Gruppen in Lübkes Zeit angespannt gewesen war.

Die Flensburger Tage haben ihren Ursprung und ihr Klima aus dem Grenzfriedensbund, dessen Eigenart in dem Buch „Vores egne Vindver“ dargestellt wurde. Der Grenzfriedensbund und der deutsche Grenzverein sind beide deutsch, aber von verschiedener Observanz. Aber man kann ein weitgehendes Einverständnis zwischen den beiden Vorsitzenden, Bibliotheksdirektor Dr. H. P. Johannsen und Innenminister Dr. Hartwig Schlegelberger, kaum übersehen. Der letztere hat mehrfach und über weitgespannte Themen in den Grenzfriedensheften geschrieben. Er ist überhaupt ein Mensch, der sich gern mitteilen und in schriftlicher Form ausdrücken will, ein

offenkundiger Ehrgeiz, den jeder Schriftsteller verstehen wird.

Die Übereinstimmung zwischen den beiden Vorsitzenden kommt sehr deutlich zum Ausdruck in dem Flensburger Studienkreis, dessen Zweck es ist, mit den d+d-Taschenbüchern Literatur über deutsch-dänische Verhältnisse herauszugeben. Der Inhalt, die Richtung und das Klima werden ferner dadurch bestimmt, daß der dänische Generalkonsul in Flensburg, Professor Dr. phil. Troels Fink, mit dabei ist als dritter und dänischer — nicht Pastor wie der berühmte dänische Kirchenlieddichter Hans Adolph Brorson seinerzeit in Tondern —, sondern Partner, gleichberechtigter Partner in einer Zusammenarbeit, deren Charakter nicht gerade proportional der Anzahl der Teilnehmer ist.

In der praktischen Politik widerspiegelte sich der neue grenzpolitische Stil in einer Rede des Volkshochschulvorstehers Niels Bøgh Andersen, Sprecher des dänischen Südschleswigschen Wählervereins, in der Sitzung des Kreistages am 21. Dez. 1961 in der Landwirtschaftsschule in Flensburg. Niels Bøgh Andersen äußerte: „... Ich glaube, es ist das erstmal, daß im Haushalt des Landkreises Flensburg Beträge verankert sind für die kulturelle und sportliche Arbeit der dänischen Bevölkerung. Ich finde es ganz nett, daß es geschieht zwischen zwei Bildern [gemeint sind die Wandbilder der Aula], die entschleiert haben, daß gewisse Gegensätze vorhanden sind. Diese Zuschüsse sind nicht nur eine Frage von Rechtsansprüchen, die man als Bürger in diesem Lande hat, sondern sind ja auch abhängig von den politischen Möglichkeiten, die dem politischen Klima unterworfen sind. Es ist ein geschichtliches Ereignis einer neuen und guten Entwicklung in unserem Angler Raum.“ ... Bøgh Andersen ist keineswegs ein Politiker der Zusammenarbeit um jeden Preis. Im Gegenteil, er sieht mit einem gewissen Mißtrauen auf alles, was er Verbrüderungstendenzen nennt. Deshalb hat man es besonders vermerkt, daß Schlegelberger Gast bei dem hundertjährigen Jubiläum von „Flensburg Avis“ am 1. Oktober 1969 war — und zwar ein Gast mit Geschenken. Keines von beiden war für einen schleswig-holsteinischen Minister selbstverständlich. Man bemerkte auch, daß Niels Bøgh Andersen, der Vorsitzender des Aufsichtsrats von „Flensburg Avis“ ist, bei dieser Gelegenheit großes Gewicht darauf legte, sich ebensogut als Gastgeber zu zeigen, wie Schlegelberger es als Gast war. Auch dieses war nicht etwas Selbstverständliches an sich.

Um das Bild des Grenzpolitikers zu vollenden, soll zuletzt erwähnt werden, daß in seiner Zeit als Landrat, vom 19. bis 24. September 1955, auch der Danebrog neben den Flaggen von Deutschland, Schweden und Österreich auf dem Sportplatz Scheersberg in Angeln gehißt wurde, denn jetzt kamen auch dänische Gruppen, um an diesem jährlichen Laienspieltreffen teilzunehmen. Vor dieser Zeit war das an dieser Stelle undenkbar.

DER SÜDSCHLESWIGER

Schlegelberger ist ein Fremder im Lande, aus „dem südlichen Deutschland“, wie er es selber ausgedrückt hat, ja, er ist sogar „von noch weiter weg“. Er ist „Ostelbier“, östlich der Elbe geboren, in Berlin. Das Wort ist mit Verachtung von hiesigen Deutschen und Dänen gegenüber den preußischen Beamten in Südjütland und Holstein zur Kaiserzeit verwendet worden, weil sie „keinen Pieps“ von dem Ganzen verstanden haben. Kein Mensch wird heute diesen Ausdruck gegenüber Schlegelberger gebrauchen. Aus Neigung und allmählich auch aus recht langer Tradition ist er nun Schleswig-Holsteiner so gut wie jemand geworden. Wir kennen auch Dänen aus dem Königreich, ja sogar Leute aus Sachsen gebürtig, die gute dänische Südschleswiger geworden sind, und Schlegelberger muß sogar im Verhältnis zu Kiel und Bonn im besonderen Grade als Südschleswiger aufgefaßt werden, weil er mit überraschender Intuition und entsprechendem Einfühlungsvermögen für die Wünsche Südschleswigs die Ziele dieses Landesteils bei diesen Regierungsstellen gefördert hat, die mitunter so weit weg von Flensburg liegen können, wie Kopenhagen sowohl Nordschleswig als auch Südschleswig fern sein kann.

Schlegelberger ist wie jeder zweite Deutsche Doktor und, wie erwähnt, zitiert er gerne Goethe. Deshalb ist es beinahe unumgänglich, mit einem Goethe-Wort zu schließen — und es muß natürlich aus dem „Faust“ sein:

Mit Euch, Herr Doktor, zu spazieren,
ist ehrenvoll und ist Gewinn.

Die Übersetzung muß selbstverständlich diejenige des Südjüten Martin N. Hansen sein, der in der deutschen Schule vor 1920 Goethe kennen- und Schiller lieben lernte:

At gå med jer, herr doktor, er en ære,
en fordel, som jeg skønner på.

*

DIE VERGANGENHEIT

In der Darstellung von Schlegelbergers Leben sind wir über seine Verhältnisse während des Nationalsozialismus leicht hinweggegangen. Im Gegensatz zu so vielen anderen hat Schlegelberger Rechenschaft über seine Stellungnahme in diesem Zeitraum abgelegt. Der Hintergrund war besonders ein Prozeß gegen einen argen Nazisten, der nach dem Kriege Bürgermeister von Westerland geworden war.

Heinz Reinefarth, geboren 1903 und zehn Jahre älter als Schlegelberger, wurde im Dezember 1951 zum Bürgermeister von Westerland auf Sylt gewählt, das kein

Rabennest, sondern Westdeutschlands größter Badeort mit Durchgangszügen nach allen Großstädten ist. 1957 wurde er wiedergewählt, wurde Mitglied im Kreistag Südtondern und 1958 vom Gesamtdeutschen Block und BHE, dem Bund der Heimatvertriebenen und Entrechteten, in den Landtag gewählt. Anklagen gegen ihn zwangen die Behörden, eine Untersuchung einzuleiten. Es wurde behauptet, daß er an der Niederwerfung des Aufstandes in Warschau 1944 als SS-General mitgewirkt habe, und daß er befohlen haben soll, daß Frauen, Kinder und Säuglinge zu Haufen zusammengetrieben und totgeschlagen werden sollten. Die strafrechtliche Frage, ob Reinefarth sich eines Kriegsverbrechens schuldig gemacht hat, ist völlig irrelevant für die in diesem Zusammenhang wichtigste Frage: Kann man als volksgewählter Politiker, d. h. als Vertrauensmann des Volkes, und in einem politischen Amt als Bürgermeister, wenn man eine so große moralische und politische Verantwortung wie Reinefarth hat, auftreten?

Man soll nicht fragen, ob Leute, die vor 1943 Beamte waren, Mitglieder der NSDAP gewesen sind, denn man konnte ganz einfach nicht ins Amt kommen, ohne Parteimann zu sein. Die Frage muß in jedem Falle die sein: Was war der Mann damals? Wie war er es? Und in den Fällen vieler weniger belasteter Personen ist es sogar wichtiger zu wissen, was der Mann seitdem gemacht hat. Die Frage muß an allemgerichtet werden, sowohl an einen Reinefarth wie an einen Schlegelberger. Entschieden werden muß in vielen Fällen nicht allein über den Inhalt der Antwort, sondern über seine Offenheit und Form.

An Schlegelberger kam die Frage heran als eine Anklage, daß er als Kriegsgerichtsrat während des Krieges unmenschlich gewesen sein sollte. Als diese von der Landesregierung als unbegründet abgewiesen wurde, stellte der Leiter der sozialdemokratischen Oppositionspartei in Kiel, Joachim Steffen, ihm moralische und politische Fragen.

Steffen trägt in dem politischen Jargon den Kosenamen „Der rote Jochen“. Er ist 1922 geboren und war 1933 also elf Jahre und kaum dreiundzwanzig Jahre alt, als der Krieg zu Ende ging. Er war Redakteur der „Kieler Morgenzeitung - VZ“, deren letzte Buchstaben für „Volkszeitung“ stehen, die einzige sozialdemokratische Tageszeitung in Schleswig-Holstein, die nunmehr sogar nur einmal in der Woche erscheint und „Nordwoche“ heißt.

Die Hauptfrage ist immer noch die Bewältigung der Vergangenheit, wie soll man sich über sie aussprechen und damit fertigwerden? Es ist eine belastende deutsche Frage, die noch ungelöst ist, aber Schlegelberger hat, wie man sieht, das Seinige zu einer glücklichen Lösung beigetragen. Um ihn selbst herum herrscht jetzt klare Luft!

Mitgliedsbeitrag für das Jahr 1971

Diejenigen Mitglieder, die einen Jahresbeitrag von mehr als 2,— DM gezeichnet haben, werden um Überweisung für 1971 gebeten.

Um Arbeit und Porto für etwaige Mahnungen zu vermeiden, wird gebeten, die Überweisung bald vorzunehmen.

Konten: Kreissparkasse Husum Nr. 13862 Postscheckamt Hamburg Nr. 11407

Der nachstehende Aufsatz ist die gekürzte Wiedergabe eines Vortrages in der Flensburger „Donnerstag-Gesellschaft“, einer losen Vereinigung von Deutschen und Dänen, die sich um das gegenseitige Verstehen im Grenzland bemüht. Ein nationaler Däne unserer Tage — Poul Kürstein, der Leiter der Studienabteilung von Dansk Centralbibliothek in Flensburg — versucht hier die Haltung eines führenden nationalen Dänen der Zeit der Jahrhundertwende — der sogen. Köller-Zeit — nämlich Jens Jessens, des Redakteurs von „Flensborg Avis“ in der Zeit von 1882 bis 1906 — uns Deutschen von heute verständlich zu machen. Er bemüht sich um den Nachweis, daß Jens Jessen trotz alles Aggressiven und Polemischen in seinem Kampfe um das Dänentum zwischen Königsau und Eider wohl ein harter politischer Gegner der Deutschen (besonders der „Preußen“) aber kein Deutschenhasser gewesen ist, wie man es aus dem politischen und journalistischen nationalen Kampfstil jener Jahre schlußfolgern könnte. Dieser Blick zurück läßt erkennen, daß sich seit dem Jahre 1900 in dem Verhältnis von Deutschen und Dänen zueinander durch das Bemühen beider Seiten doch einiges geändert hat. Das sei mit Freude festgestellt. eb

POUL KÜRSTEIN

Jens Jessen, Deutschland und die Deutschen

„Jens Jessen war einer der bedeutendsten dänischen Journalisten seiner Zeit. Er besaß in hohem Maße die Gabe des Schreibens und die Fähigkeit zur Organisation einer Zeitung. Wie sein Kollege H. P. Hanssen, dessen Auffassung über die politische Taktik des dänischen Handelns nicht von ihm geteilt wurde, war er deutschen kulturellen Verhältnissen nicht aufgeschlossen. Wie bei Hanssen findet man aber auch trotz der Schwarz-Weiß-Zeichnungen jener Jahre sachliche Bemerkungen zum Thema Deutschland. In erster Linie jedoch fühlte er sich in Frontstellung für Dänemark und den Norden.“

H. P. Johannsen „Stichworte eines Dialoges“, S. 33

Wenn man sich für Jens Jessen interessiert, fühlt man sich von dieser Stellungnahme angeregt, meint, daß Jessen deutschen kulturellen Verhältnissen gegenüber wesentlich aufgeschlossener war, als H. P. Johannsen zu meinen scheint, und versucht, einen Überblick über die sachlichen Bemerkungen Jessens zum Thema Deutschland zu gewinnen, wodurch man selber überrascht wird. Da es meiner Ansicht nach an der Zeit ist, daß deutsche Schleswiger beginnen, sich ein vorurteilsfreies Bild von diesem größten dänischen Presseemann seiner Zeit in Schleswig, ja der gesamten dänischen Presse — nur dem radikalen Politiker Viggo Hørup, seinem Gegenpol, gleichzusetzen — zu bilden, führen wir eine Reihe von

Äußerungen Jens Jessens über die Deutschen an, um zu zeigen, wie er wirklich zu Deutschland und den Deutschen stand.

„Wenn wir uns dazu verleiten lassen, in ungebührlichem Maße das Deutschtum schlechtzumachen und das Dänentum zu verherrlichen, würde unsere nüchterne, kluge Bevölkerung bald die Verzerrung entdecken.

Wenn wir dänischerseits es unterlassen, viele wichtige deutsche Verhältnisse zu tadeln, dann, weil wir sie zum mindestens teilweise anerkennen. Das gilt z. B. für die deutsche Heerführung und die ganze Einrichtung, durch die sie wirkt.

Was für das Deutschtum werbend wirken kann, ist außer der Macht der Deutschen nur ihre Tüchtigkeit. Wir unterschätzen sie nicht und räumen ein, daß sie für uns ein Gegner ist. Insofern ist Hamburg gefährlicher für uns als Berlin.“ ...

„In Deutschland ist es für die Oppositionsparteien ein beliebter Sport, nicht nur den Adel, die Junker zu verhöhnen, sondern auch schlechtverborgene Angriffe gegen den Offiziersstand zu richten. Man läßt durchblicken, daß die Offiziere zu einem großen Teil hochmütige Brüsewitz sind. — Wir erinnern daran, daß ein Unterleutnant von Brüsewitz in einem Cafe einen Mann zu Tode stach, weil dieser nicht genügend ehrerbietig ihm gegenüber gewesen war. — Diesem Beispiel, wie man in einer mehr oder weniger verhohlenen Weise den preußischen Offiziersstand angreift, wird von der dänischen Presse nicht gefolgt. Im allgemeinen treten die preußischen Offiziere dem Dänentum nicht zu nahe. Und deshalb lassen wir sie auch in Frieden. Vielleicht mag in einem kleinen Städtchen ein Unterleutnant, der flau oder dumm oder hochmütig oder all dieses zugleich ist, sich tölpelhaft benehmen. Das kann in jedem Land vorkommen. In größeren Städten gibt es eine strammere geistige Manneszucht auch im Offizierskorps. Man sieht selten anderes, als daß seine Mitglieder sich höflich und wohlgezogen benehmen. Was in der Kaserne vor sich geht, davon sieht das Publikum selten etwas. Alles ist wohl nicht so besonders heiter, aber wir geben zu, daß nicht wenige von den aus dem Militärdienst zurückkehrenden jungen Nordschleswigern lobende Worte für mehrere, sowohl höhere wie niedere Offiziere haben.“

„Flensborg Avis“, 1. Januar 1898

WER WAR JENS JESSEN?

Geboren 1854 in Toghale, Kirchspiel Mögeltøndern, bildete er sich im Seminar Tøndern als Lehrer aus, vervollständigte seine Ausbildung bei Studien in Paris und auf der Universität Göttingen, legte die Prüfung als Mittelschullehrer ab und beschloß endlich seine Ausbildung mit dem Rektoratsexamen, weil er als Achtundzwanzigjähriger zum Leiter der dänischen privaten Realschule in Hadersleben ausersehen war. Als die preußischen Schulbehörden, unter ihnen der spätere Generalsuperintendent Theodor Kaftan, ihm dieses verweigerten und die Schule schloß, wurde er 1882 Redakteur, 1883 zugleich Herausgeber von

„Flensborg Avis“. In dieser verhältnismäßig kleinen Zeitung, um 1882 nur 800 Abonnenten, hatte er schon als Einundzwanzigjähriger angefangen, große wohlgeformte Artikel zu schreiben. Als Zeitungsmann entwickelte er eine große und allseitige Begabung, die in der Geschichte der dänischen Presse, das Königreich mit einbegriffen, ihresgleichen sucht. Als er 1906 starb, war „Flensborg Avis“ mit über 8000 Abonnenten die meistverbreitete Zeitung im ehemaligen Herzogtum Schleswig und zugleich die einflußreichste. Seine Begegnungen mit den deutschen Gerichten brachten ihm Gefängnisstrafen von insgesamt mehr als vier Jahren ein, gaben ihm aber keine Hochachtung vor der deutschen Rechtsprechung. Den Deutschen galt er als Aufwiegler und Deutschenhasser. Eine nähere Untersuchung gibt aber ein ganz anderes Bild. Den Deutschen gegenüber war er viel verständnisvoller und liberaler als allgemein angenommen wird. Überhaupt war er in nationaler, politischer, sozialer, kirchlicher und moralischer Hinsicht viel liberaler als selbst die allgemeine dänische Auffassung wahrhaben will.

Poul Kürstein

Es ist bekannt, daß in mehreren deutschen Kasernen Selbstmorde unter den Mannschaften nicht besonders selten waren. Das schimmert auch in Jessens Worten durch, aber er sieht dies nur von einem nationalen dänischen Standpunkt aus und hat nichts zu beklagen. Das stimmt mit einem Blick in die dänische Publizistik dieser Jahre überein. Es wird in der preußischen Zeit über Regierungspräsidenten, über Richter und Beamte, über Pastoren, Amtsvorsteher und Lehrer geklagt, nicht aber über das Offizierskorps. Ja, wir finden sogar Lob, zuletzt von Bergholt in seinem Buch „Pligtens Vej“, wo besonders Leutnant Knutz und der Regimentskommandeur Graf von Kielmannsegg gelobt werden — aber die waren ja auch beide mehr oder weniger Schleswiger.

Das Wichtigste aber, was hier zu bemerken ist, ist Jessens Drang nach Gerechtigkeit. Er beschreibt zwar nachher einige lächerliche und einige gefährliche Seiten des Offizierskorps, Hauptsache aber ist und bleibt die Anerkennung Jessens: Das Offizierskorps hält sich an sein Fach und nimmt nicht teil an der nationalen Unterdrückung des Dänentums in Schleswig.

Seine unverhohlene Bewunderung der Tüchtigkeit und anderer guter Eigenschaften der deutschen Offiziere wurde damals in Dänemark keineswegs gerne gehört. Jens Jessen stellte sich damit als „Højremand“ dar, als Anhänger der Konservativen, und bot damit seinen zahlreichen dänischen Gegnern vielfache Angriffsflächen. Dabei war er jedoch nur in einer Hinsicht konservativ, und das hat freilich mit dem dänischen Heer und seiner Führung zu tun. Schon 1875, als Einundzwanzigjähriger, schrieb er einen großen Aufsatz in „Flensborg Avis“ über die jämmerlichen Verhältnisse in der dänischen militärischen Verteidigung. Die Forderung einer kräftigen dänischen nationalen Verteidigung war und blieb die Einstellung von Jens Jessen und „Flensborg Avis“.

*

Jens Jessen hat schon vor 1864 die deutsche Sprache in der Schule seines Vaters in Toghale gelernt. Im „Flensburg Avis“-Archiv in der dänischen Zentralbibliothek bewahren wir seine Aufsatzhefte als ein Heiligtum, auch die deutschen, zusammen mit seinen Zeichnungen vom Krieg 1864 auf. Später hat er in Paris Französisch studiert, und dann ging er nach Göttingen, wo er seine Fächer Englisch und Französisch studiert hat. Im Seminar zu Tondern hatte er schon Deutsch gelernt, und das hat er bestimmt in Göttingen und in Kassel vervollständigt. Man sieht es an seinen eigenhändigen Eingaben an deutsche Gerichte, die wir in großer Menge in Originalentwürfen besitzen. Auch seine deutschen Briefe sind fehlerlos. Er liebte seine dänische Muttersprache, ohne deshalb die deutsche Fremdsprache zu verachten. Und wie er alles ordentlich machte, setzte er seine Ehre daran, die deutsche Sprache richtig zu sprechen und zu schreiben; sie war ihm sogar wichtig für seine Zwecke.

Von 1889 bis 1894 gab er die deutschsprachige „Flensburger Zeitung“ heraus. Er wollte aus ihr ein politisches Instrument machen. Seine Freunde und Mitarbeiter haben ihn nicht verstanden, und die großen Schwierigkeiten, die gerade in diesen Jahren sich auftürmten, zwangen ihn zur Aufgabe dieser dänischgesinnten Zeitung in deutscher Sprache. Das war, schrieb er, der bitterste Tropfen im „Flensburg Avis“-Becher. Was er bezweckte, sieht man deutlich in seinem Leitartikel „Köller-Politik“, vom 16. November 1900:

„Stellen wir uns vor, daß die Machthaber [in Preußen] die dänische Presse verbieten würden! Nach Andeutungen von Minister Miquel könnte man sich denken, daß man es fertigbringen könnte durch die Auslegung, daß die Pressefreiheit nur für Schriften in deutscher Sprache gelte... . Vorläufig ließe sich ein solcher Plan wohl kaum durchführen, aber man kann nicht wissen, was die Zeit mit sich bringt. Was würde dann geschehen? Wenn man „Flensburg Avis“ in Dänisch verbieten würde, dann würde die Zeitung am Tage danach in Deutsch erscheinen. Sie müßte sich dann zu einem großen Teil ein neues Verbreitungsgebiet in der Stadt Flensburg und in Angeln suchen. Für Leute, die glauben, daß solches ein hoffnungsloses Unternehmen sein würde, könnten ein paar Zahlen aufklärend sein.“ ...

„Flensburg Avis“, 16. November 1900

Anschließend schreibt Jessen, wie „Flensburg Avis“ um 1880 z. B. 12 Abonnenten in Tingleff hatte, aber nun, im Jahre 1900 also, 125 Abonnenten, und er erinnert daran, daß die „Flensburger Zeitung“ trotz der großen Konkurrenz von drei bzw. vier anderen Zeitungen es auf 1200 Abonnenten in der Stadt Flensburg gebracht hatte. Und wenn man dann bedenkt und sich vorstellt, daß der Minister Miquel seinen Plan verwirklicht oder daß Jens Jessen eine größere Unterstützung für die

„Flensburger Zeitung“ gehabt hätte, wie würde es dann für die dänische Sache in Flensburg und Südschleswig ausgesehen haben?

*

Jens Jessen war eine von den Naturen, die schon in früher Jugend ihre bleibenden Züge bekommen. Das verleitet manchmal zu der Auffassung, daß er und ähnliche Naturen steif und fertig von der Jugend an sind. Das Gegenteil ist der Fall. Als Jens Jessen 1906 starb, 52 Jahre alt, befand er, der als einseitiger dänischer Protestpolitiker bekannt und verschrien war und weithin noch ist, sich mitten in einer sehr lebendigen Entwicklung als Parlamentarier.

Jens Jessen wurde im Jahre 1854 geboren, war also 1864 zehn Jahre alt. Den Ausbruch und den Verlauf des Krieges hat er mit offenen Augen und Ohren erlebt. Aus „Illustreret Tidende“ hat er Kriegsbegebenheiten abgezeichnet. Die ersten Monate des Jahres 1870 verbrachte er bei dem Lehrer Alsen in Sønder Sejerslev als Hilfslehrer. Damals war er sechzehn Jahre alt; angehende Lehrer fingen damals so an. Zu Ostern 1870 ging er nach Hause, und hier bei seinem Vater, dem Lehrer Jessen in Toghale, erlebte er den Kriegsausbruch 1870.

Wir besitzen sein Tagebuch aus diesem Jahr, und am 18. Juli 1870 schreibt er:

„Krieg! Krieg! Sonnabend wurde es bekannt, daß Krieg ausgebrochen ist zwischen Frankreich und Preußen. Nun wird wohl bald die Stunde der Erlösung schlagen. Ursachen des Krieges sind Bismarcksche Ränke und preußische Arglist. Herr Bismarck wollte einen Hohenzollernprinzen auf dem ledigen spanischen Thron haben. Diesmal aber erwachte Napoleon aus seinem vieljährigen Schlaf, und obschon der Hohenzoller sich zurückgezogen hat, will Frankreich jedoch Preußen in seinem Übermut ein wenig strafen, wovon es auch Gutes haben kann. Dänemark kommt sicher bald und rettet uns Sønderjyder aus den Krallen des Adlers. Der Herr hat uns auf die Probe gestellt (Herren har prøvet os). Nun wird er uns die Freude schmecken lassen. Es kommt, wenn man es am wenigsten erwartet, denn vor acht Tagen gab es nur die Rede von lauter Frieden. Am vorigen Sonntag hielten Hochschullehrer Kok, Schulvorsteher Tørsleff und Prediger Smidt Vorträge in Møgeltondern. Dann hieß es noch: Wartet! Habt Geduld! Große Unruhe herrscht hier. Folk drage i ledingsfærd, d. h. Leute werden einberufen. Jedoch nur wenige, einige flüchten nach Amerika, die meisten nach Dänemark. Möchte dieser Wunsch in Erfüllung gehen: Herr, laß uns zu Dänemark kommen!“

Am 8. August 1870 schreibt er:

„Die jetzige Zeit gleicht der Zeit von 1864, als der Deutsche unsere dänischen Brüder verjagt hatte. Wie in jenem Jahr der dunklen Lüge, der Zwietracht und der Schande sitzt jetzt die Lüge im Hochsitz hier, während die Wahrheit wie eine einfache Sklavin verjagt wird. Die frechsten Lügen werden von den deutschen Zeitungen verbreitet und von denjenigen, die das Gewissen verkauft haben an den elenden Heuchler, den schändlichsten Landesfürsten, den verräterischen König in

Berlin, der es wagt, öffentlich auszusprechen, daß er den Allmächtigen um Hilfe bei seiner Räuberei und Menschenabschlachtung gebeten hat.“

Am 9. August 1870 heißt es unter anderem:

„Das meiste, was man hört, sind verbreitete deutsche Lügen. Unser Zustand ist jedoch immerhin besser als im Jahre der Ungerechtigkeit 1864, denn damals konnten wir nur verlieren, nun können wir nur gewinnen.“

Am Weihnachtstag 1870 heißt es:

„Die schöne Weihnacht ist gekommen, der größte und heiligste Tag des Jahres ist aufgegangen. Mitten im wilden Taumel des Krieges kommt das heilige Fest, das allen Menschen Frieden und Freude bringen sollte, aber noch fährt der räuberische Sieger fort, Frankreich zu verheeren und zu plagen.“

Es folgen ein paar sehr nüchterne Worte über die Kriegsaussichten, denn Jessen war schon als Junge Realist. Jedoch schließt er mit dem Wunsch:

„Gott gebe, daß der greuliche Krieg bald zu Ende wäre und daß ganz Sønderjylland bis zur Schlei oder Eider zu Dänemark zurückkehren dürfte, und er wird auch einmal in der Zukunft die drei nordischen Reiche zu einem großen, mächtigen, frommen, herrlichen und schönen Norden zusammenfügen.“

Auszüge aus dem Tagebuch Jens Jessens, 1870

*

Im Jahre 1882 wurde Jens Jessen Redakteur und 1883 zugleich Besitzer und Herausgeber von „Flensburg Avis“ und kam dadurch in eine Tradition der Verhaftung und Bestrafung hinein. Das war nichts Neues. Alle Redakteure von „Flensburg Avis“: Willemoes, Vennervald, Gustav Johannsen, alle haben wegen der lächerlichsten kleinen Dinge Gefängnisstrafen absitzen müssen. Von Anfang an war es die Absicht der deutschen Behörden, dem neuen, tüchtigen Redakteur das Genick zu brechen. Aber dadurch wurde seine Neigung, die Behörden aufs Korn zu nehmen, nur größer.

So lesen wir z. B. in „Flensburg Avis“ vom 5. April 1888, dem Drei-Kaiser-Jahr:

„Neuer Buß- und Betttag. Wie bekannt, wurde vor einigen Jahren in den Herzogtümern eine Verlegung des Buß- und Bettages vorgenommen. Dieser fiel hierzulande auf einen Freitag, selbstverständlich, weil dieser Tag der Todestag Christi ist und dieser Tag sich besonders hierfür eignet. Indessen stimmte es nicht mit preußischer Regelmäßigkeit, daß dieser Feiertag so nahe an dem folgenden Sonntag lag, und er wurde deshalb auf den vorangehenden Mittwoch verschoben. Es war ja mitten in der Woche, und also mußte es nach einem preußischen Standpunkt das beste sein. Hier in Nordschleswig konnten sich die Leute nicht richtig an den befohlenen neuen Betttag gewöhnen. In den ersten Jahren nach der Einführung standen viele Kirchen an diesem Tage leer, und die Gendarmen hatten

sehr viel damit zu tun, den Leuten aufzulauern, die sich erlaubten, ihrer Arbeit nachzugehen. Dagegen hat man jedoch nicht gehört, daß jemand bestraft worden ist, weil er an dem Freitag ausruhte und Feiertag hielt.

In dem „Berliner Tageblatt“, daß die am meisten verbreitete von den größeren deutschen Zeitungen sein dürfte, ist jetzt der Vorschlag gemacht worden, den Buß- und Betttag auf den Geburtstag des verstorbenen deutschen Kaisers, den 22. März, zu verlegen, dem hochseligen Herrscher zum ewigen Gedächtnis. Die Zeitung berichtet, daß der Vorschlag lebendigen Anklang gefunden hat, wenn auch viele vorziehen, daß der 9. März, der Todestag Kaiser Wilhelms I., in der Zukunft Buß- und Betttag wird. Damit würde es eine schöne Einheitlichkeit im ganzen Deutschen Reich geben, wo es bisher in den verschiedenen Landesteilen und Staaten verschiedene Buß- und Betttage gibt. Es muß als ein passendes Maßhalten betrachtet werden, daß man, wenn man den 9. März als Buß- und Betttag wählt und also den 22. März aufgibt, nicht vorgeschlagen hat, Weihnachten auf diesen Tag zu verlegen.

„Flensburg Avis“, 12. April 1888

Am selben Tage war Jens Jessen von anderthalbjähriger Gefängnishaft zurückgekehrt und kündigte in derselben Nummer der Zeitung neue Vorstöße an. Was man nicht sehen kann in „Flensburg Avis“, war, daß er mit dem erwähnten Aufsatz sich in die größte Gefahr begeben hatte. Wir wissen es aus einem Brief von Christian Ferdinand Monrad vom 28. April: „Wir bekamen einen großen Schreck, als Jessen sofort nach seiner Entlassung so kräftig daranging, und ganz unbegründet war der Schreck auch nicht, denn am Anfang der Woche wurden er und sein „Stråmand“ (Strohmann oder Sitzredakteur) vom Polizeimeister vorgeladen und in ein scharfes Verhör genommen. (Es folgt kurz der Inhalt des Aufsatzes mit der Bemerkung über Weihnachten unterstrichen.) Der Verhörsrichter bezeichnete die unterstrichene Äußerung als „grobe Unfug“ und drang sehr stark sowohl auf Jessen wie P. Hansen ein. Es ist doch kaum denkbar, daß man Jessen für eine spottende Bemerkung zu einer Äußerung eines anderen Blattes verurteilen kann.“ — Die Behörden scheinen zu demselben Ergebnis wie Monrad gekommen zu sein.

In den folgenden Nummern erschienen die Aufsätze: „Kaiser Wilhelms Nachruf in Deutschland“ und „Kaiser Wilhelm und Sønderjylland“.

Im Jahr 1889 wurde Jens Jessen wieder straffällig. Er nutzte zu seiner Verteidigung alle Rechtsmittel, aber im November 1889 verwarf das Reichsgericht in Leipzig seine Berufung, und der Oberstaatsanwalt in Kiel erließ sofort einen Haftbefehl. Die Begründung war ganz und gar politisch. Der Oberstaatsanwalt schrieb an seinen Vorgesetzten, daß die Verhaftung wünschenswert sei, weil (Zitat) „Jessen gerade jetzt eine sehr lebendige agitatorische Wirksamkeit

entfaltet, um die kommenden Wahlen beeinflussen zu können“, und der Oberstaatsanwalt hatte deshalb angeordnet, daß einem Antrag auf Aufschub der Strafe nicht stattgegeben werden dürfe. Er hat überhaupt kein Verständnis dafür gehabt, daß gerade die Verhaftung von Jens Jessen Bedeutung für die Agitation vor der Wahl bekam, weil die Wähler von Zorn und Trotz ergriffen wurden und sich deshalb für eine gute Wahl anstrebten und für die Zeitung in einer schwierigen Zeit einsetzten. Aber im Brief des Oberstaatsanwalts gibt es einen Zusatz, der die Gereiztheit der Anklagebehörden zutage kommen läßt: „Zur Charakteristik von diesem verstockten Deutschenhasser erlaube ich mir, noch zu nennen, daß er im Verlauf des letzten Sommers einen Aufsatz aus einer französischen Zeitung wiedergab, die sich mit der ‚hündischen Natur der Deutschen‘ befaßte und sie mit der Hinzufügung kommentierte, daß dieser Vergleich nicht richtig sei, weil die Deutschen die Treue des Hundes vermißten.“

Es ließen sich wohl mehr Beispiele nennen, die zeigen und glaubhaft machen könnten, daß der Oberstaatsanwalt Recht hatte, als er Jens Jessen einen verstockten Deutschenhasser nannte. Das wäre aber weder die halbe noch die ganze Wahrheit. Die Wahrheit findet man eher, wenn man die Äußerungen Jessens herausfindet, in denen er sich ernstlich mit dem dänisch-deutschen Verhältnis in Sønderjylland befaßt. Dazu müßte man eigentlich sämtliche Jahrgänge „Flensborg Avis“ von 1882 bis 1906 durchstöbern und dazu noch die Jahrgänge 1875 bis 1882 hinzufügen, also dreißig Jahre Journalistik. Das ist für diese Skizze nicht möglich, aber sein Zögling, Mitarbeiter und Nachfolger Ernst Christiansen gab 1907, im Jahre nach seinem Tode, zusammen mit Frau Marie Jessen eine Auswahl seiner Aufsätze heraus: „Redaktør Jessens Artikler i Udvalg ved M. Jessen, f. Fibiger.“ Eine zweite Auflage unter Hinzufügung der Reden Jessens im Deutschen Reichstag erschien 1921, und endlich hat Jens Jessen selber seine Wahlreden im Jahre 1902 herausgegeben: „Valgtaler 1902“.

Wenn man diese gesammelten Aufsätze und Reden liest und hinzufügt, was man mehr oder weniger zufällig von Jessen weiß, bekommt man von ihm ein ganz anderes Bild, man wird in ihm wohl einen Deutschegegner sehen, ihn aber nicht mehr einen „Deutschenhasser“ nennen können wie der Oberstaatsanwalt, und erst recht nicht „verstockt“. Überhaupt hat es in der dänischen Führungsschicht in Nordschleswig wohl Deutschegegner, aber keinen einzigen Deutschenhasser gegeben. Das ist bewußt so zugespitzt gesagt — auch gegenüber denen, die evtl. anderer Meinung sind.

*

Mit dem Flensburger Stadttheater erneuerte er mehrmals einen Vertrag, daß „Flensborg Avis“ die Anzeigen des Theaters bringen sollte und dieses dafür Karten zur Verfügung stellte. Er sorgte dafür, daß seine Lehrlinge und Jünger Ernst Christiansen, A. Svensson und L. P. Christensen und ihre Frauen zu stetigen und

guten Theatergängern erzogen wurden und daß sie nach der Theaterzeit bei ihm vorkamen und ihm erzählten, was ihnen der Abend gegeben hatte. Das hat Frau Svensson mir selber erzählt. Es ist immer eine helle Freude zuzuhören, wenn die kluge alte Dame mit den lebendigen Augen von Jens Jessen erzählt. Wohlgermerkt, es war das *deutsche* Theater. Auch wurden die Redaktionslehrlinge, wenn sie als Jessens „Handschreiber“ oder Sekretäre nach Berlin kamen, von ihm ins Theater eingeladen. Die Vertrautheit seiner Jünger mit deutscher Kultur und L. P. Christensens lange andauernde und treue Liebe zum Flensburger Stadttheater und sein ebenso lange andauernder und treuer Dienst am selben Theater mag direkt auf Jens Jessen zurückgehen. Jessen war mit der blühenden zeitgenössischen dänischen Malkunst vertraut, und ein großer dänischer, nein nordischer Dichter zu werden war ein ihm gescheiterter Jugendtraum.

*

Als er in einer Wahlrede in Broacker am 2. Februar 1902 über das Thema „Unsere Kultur“ sprach, hätte er wohl die dänische Hochkultur mit der deutschen vergleichen können. Indessen blieb er auf der Erde und verglich die dänische und deutsche materielle Kultur. Ein paar ausgewählte Stücke dieser Rede werden hier gebracht, um zu zeigen, wie geschickt er nicht besonders freundliche Vergleiche ziehen konnte, die jedoch im amtlichen statistischen Material sehr gut begründet waren. Gewisse Anspielungen mögen auf einer Wahlversammlung sehr gut gewirkt haben.

In dieser Wahlrede verglich er die materielle Kultur in Preußen mit derjenigen in den Herzogtümern:

„Die Deutschen sprechen viel von ihrer Kultur, als ob es ein Ding wäre, das sie vor anderen Völkern hätten ...

Aber wie dem nun sei, so bedeutet Kultur im allgemeinen Verstand die Bearbeitung des Geschlechtes, die Fortschritte der Bevölkerung, die Urbarmachung der Gesellschaft. Dann ist es eine Selbstverständlichkeit, daß die Deutschen nicht die einzigen sind, die eine Kultur haben. Das haben wir anderen auch.

Die Frage ist nur die, ob wir Dänen, insbesondere wir dänischen Schleswiger, eine eigene Kultur haben, eine selbständige und eigentümliche Kultur, die sich mit der deutschen messen kann und einen Wettstreit mit dieser aufnehmen kann ...

Untersuchen wir den Haupterwerbszweig, die Landwirtschaft, dann zeigt es sich, daß wir hier in den Herzogtümern, im Verhältnis zur Bevölkerungszahl, beinahe doppelt so viele Pferde und mehr als doppelt so viele Stück Vieh wie in Preußen haben. Dann sagt es nicht viel, daß die Preußen doppelt so viele Schafe und Ziegen haben wie wir. Die Schafzucht ist bei uns stark zurückgegangen, weil sie sich schlechter lohnt. Zweifelsohne gibt es unten in Deutschland auch viel mehr

Esel.“

Er faßt seinen Vergleich folgendermaßen zusammen:

Unsere Kultur zeigt sich also im Verhältnis zu der preußischen in der Weise, daß wir mehr Geld in den Sparkassen haben, wir haben eine gleichmäßigere Verteilung des Besitzes, wir bekommen einen besseren Ertrag aus unserer Erde und bessere Butter von unseren Kühen. Wir leben länger als die Preußen und haben eine bessere Aussicht als diese, unsere Kinder am Leben zu erhalten. Bei uns wird gestohlen, gehehlt und gemordet weniger als halb so viel wie in Preußen, wo sie dafür dreimal so viel falsche Eide schwören.

Aus der Wahrede in Broacker am 2. Februar 1902

*

Mehrmals hat Jessen seinen Standpunkt und damit den Standpunkt einer sehr großen Mehrheit der Dänen in Sønderjylland ganz klar dargestellt. Hier seine Stellungnahme im Herbst 1897 in einem Leitartikel in „Flensburg Avis“:

„Unser Standpunkt. Obwohl wir die dänische Sache für hoch erhaben über Schleswig-Holsteinismus und Preußerei halten, so verneinen wir nie, daß es in den Reihen unserer Gegner, trotz der bedenklichen Sache, der sie dienen, genauso persönlich ehrenwerte Leute wie unter uns geben kann. Es ist deshalb eine unbegründete Behauptung, wenn deutsche Zeitungen uns beschuldigen wollen, daß wir alles deutsche und alle Deutschen schlechtmachen wollen. Wo wird man eine Zeitung finden, die sich weniger damit beschäftigt, die Personen der politischen Gegner anzugreifen?“

Es ist ein Mißverständnis, wenn einzelne deutsche Prediger glauben, daß „Flensburg Avis“ immer die Staatsprediger herabsetzt. Ja, wenn sie ihr kirchliches Amt, ihre Seelsorgeraufgabe und die christliche Verkündung benutzen, um das Dänentum zu untergraben und zu verhöhnen, dann sollen wir keine Rücksicht nehmen; aber wenn sie unserer Sache nicht zu nahe kommen, weder geradezu noch auf Umwegen, dann sollen wir sie in Frieden lassen. „Flensburg Avis“ hat die sicher zu einem großen Teil wohlgemeinten, aber ungenügenden Schritte der siebenundsiebzig nordschleswigschen Prediger um die Wiedereinführung von den paar Stunden Dänischunterricht in den Dorfschulen anerkannt.

Wenn sie der Bevölkerung die Hand bieten, dann soll man ihnen die Hand nicht schlagen als Dank. Wir könnten uns sogar vorstellen, daß es in einer Weise eine Bevölkerung zur größeren Selbständigkeit erziehen könnte, wenn sie sich in kirchlicher Hinsicht einem Predigerstand anschließen würde, von dem es auf dem volkklichen Gebiet Abstand nehmen müßte. Die Verdeutschungspastoren sind selber schuld, wenn sie es ihren Kirchspielsleuten so bunt machen, daß diese nichts mit ihnen zu tun haben wollen, auch nicht auf dem kirchlichen Gebiet.

Dieselbe Versöhnlichkeit besteht den Heimdeutschen gegenüber. Wenn wir den Schleswig-Holsteinismus angreifen, so dreht es sich, soweit es nicht

ausschließlich geschieht, um den Rechtsstandpunkt zu wahren, nur um denjenigen Schleswig-Holsteinismus, der in seinen Gegensatz, die Preußerei, umgeschlagen ist. Für diesen Schleswig-Holsteinismus haben wir unleugbar nicht viel über. Sonst meinen wir, daß etwas in den früheren Verhältnissen unseres Landes zur Entschuldigung für den Schleswig-Holsteinismus und für das Heimdeutschentum spricht, wie unnatürlich man diese Richtungen sonst auch finden muß. Jedenfalls bauen wir gerne jedem eine Brücke, der mit Anerkennung von Wahrheit und Recht sich uns anschließen will. Wir würden uns freuen, wenn es soweit kommen könnte, daß es hier im Lande nur zwei Lager geben würde: auf der einen Seite die Einheimischen, die alle dänisch wären, und auf der anderen Seite die deutschen Einwanderer mit einem kleinen Schwanz von machtanbetenden Seelen.“

„Flensburg Avis“ am 2. Oktober 1897

*

Jessen hat sich mehrmals mit den *Heimdeutschen* beschäftigt. In einem Vortrag in Scherrebek am 28. Februar 1897, gedruckt in „Flensburg Avis“, sagte er:

„Es wird gesagt, daß es unter uns Deutsche gibt, die sich damit beschäftigt haben, der Polizei zu melden, wenn die Nachbarn Besuch von ihren Kindern hatten, die dänische Untertanen waren, oder wenn ein „verbotenes“ dänisches Lied gesungen wurde, oder wenn sonst in irgendeiner Weise etwas geschehen war, wodurch die Leute in Schwierigkeiten kommen konnten. Wenn unsere Heimdeutschen sowas tun, dann scheinen sie nicht richtig das zu sein, was der deutsche Reformator Luther in seiner Erklärung der vierten Bitte zu dem „täglichen Brot“ rechnet, nämlich „gute Nachbarn“. Aber nicht allein können sie kaum beanspruchen, gute Nachbarn zu sein. Sie sind nicht einmal gute Deutsche. Bei den besten Deutschen stehen Anzeigen und Denunziationen nicht hoch im Kurs. Ein bekannter deutscher Vers lautet so:

Der größte Schuft im ganzen Land,
das ist und bleibt der Denunziant.

Jessen, der sehr sorgfältig mit seiner Muttersprache umging und sehr genau bei Übersetzungen war, gebraucht für „Schuft“ das Wort „Kæltring“ mit dessen genau berechneten sprachlichen Schwere:

*Den største kæltring, i landet man fandt:
det er og bliver en denunciant.*

Jessen weiter: *„Ich will gleich sagen, daß es selbstverständlich eine große Menge von Heimdeutschen gibt, die sich zu gut halten, um Anzeigerei zu betreiben, ja, die tief verachten, Denunzianten und Spione und solcher Leute Helfer und Helfershelfer zu sein.“*

Hier ist es interessant, daß Jens Jessen ein eifriger Sprachreiner war und die

vermeidbaren Germanismen bei seinen Mitarbeitern auszurotten versuchte. Aber trotzdem gebrauchte er hier nicht das richtige dänische Wort „håndlangere“, sondern gebrauchte das deutsche Wort Helfershelfer in einer dänischen Form „Hjælperhjælper“ ohne Zweifel voll bewußt, weil er das Wort für gut und gebräuchlich ansah. Trotz seinem politischen und nationalen Gegensatz zu Deutschland war seine Stellung zur deutschen Sprache, die er geläufig sprach und schrieb, völlig unverkrampft. — Zurück zu Jessen:

„Es ist nicht immer Starsinn und Krakeelerei oder Wichtigtuerei und Hochmut, das die Leute deutsch gemacht hat, auch nicht — was sonst in der neueren Zeit Vorkommen kann — sklavische Machtanbetung oder Ehrerbietung vor dem goldenen Kalb. Es gibt auch andere Gründe: Rücksicht auf Verwandtschaft, Freundschaftsverhältnisse, Einwirkung von früheren deutschen Beamten, die beliebt waren, besonders deutsche Prediger, und endlich und nicht zumindstens eine ganze Masse eingepropfter Vorstellungen davon, daß die Dänen nicht immer „Schleswig“ Recht getan haben. Und doch werden wir darüber leicht einig werden, daß diese Sorte von Gründen die Waagschale nicht allzusehr beschweren.“

„Flensborg Avis“, 28. Februar 1897

*

In der allgemeinen Auffassung gilt der Redner und Leitartikel-Verfasser Jens Jessen als großer Lyriker. Es ist dies eine völlig falsche Auffassung, die sich nur auf den berühmten Leitartikel „Et land uden navn“ bezieht, den Jessen schrieb, als das Flensburger Landgericht den Gebrauch des Wortes „Sønderjylland“ verbot und kriminalisierte. Dieser Ruf gründet sich sogar nur auf ganz wenige Sätze, und der lyrische Ausdruck ist völlig atypisch für Jessen. Aber auf der anderen Seite zeigt dieser Leitartikel, daß er auch diesen Stil beherrschte. Und noch an einer anderen Stelle ist Jens Jessen lyrisch, und daß wiederum in einer Erwähnung des Verhältnisses zu den Heimdeutschen:

„Die Heimdeutschen gehören unserem eigenen Volke an, und es gibt immer die Möglichkeit, daß sie lernen können, es selber einzusehen. Unsere Tür muß immer angelehnt sein (stå på klem), wenn sie guten Willens zu uns, ihren Verwandten, kommen wollen, wohin sie rechtens gehören.

Es wird von einer Schwester erzählt, deren Bruder zur See war, die jeden Abend, bevor sie zur Ruhe ging, eine Kerze ins Fenster setzte, damit der Bruder sie sehen könnte, wenn er zurückkam. Die dänischen Nordschleswiger haben auch Brüder, die von ihnen weggekommen sind. Wir dürfen nicht vergessen, Kerzen in das Fenster zu setzen.

Aus einer Wahlrede in Stensbro am 6. Dezember 1901

Es liegt in Jessens Stellung zu den Heimdeutschen eine Familientradition vor. Seine Tochter Dagmar hat sie ihrem Bruder Tage Jessen übermittelt, und Tage

Jessen hat sie an mich weitergeleitet. Jessen sagte im Familienkreis:

„Wenn wir wieder dänisch geworden sind“ — er sagte nicht: „Wenn wir dänisch werden“, denn daran zweifelte er nie — also: „Wenn wir wieder dänisch geworden sind, wird es unsere Aufgabe sein, die Heimdeutschen zu beschützen.“

Tage Jessen erzählte mir, was Jacob Appel, der spätere dänische Unterrichtsminister, der 1920 die freiheitliche Gesetzgebung für die Heimdeutschen in Kirche und Schule durchführte, in den 1880er Jahren erlebte aus Anlaß eines Besuchs bei dem jungen und impulsiven Jens Jessen. Jacob Appel war Sohn von Cornelius Appel, der in den 1860er Jahren einer der führenden Kloster-Brüder war, die die dänischen Spracheskripte kritisierten. Er war gespannt, was Jessen zu seinem Besuch sagen würde. Dieser überraschte ihn, indem er sagte: „Wenn die Rede von Schule und Kirche ist, dann sind wir heute alle Klosterbrüder“!

Es gibt aber andere Deutsche als die Heimdeutschen. Wie steht Jessen zu ihnen? *„Wer die Verdeutschungspresse und die ganze Verdeutschungsgitation kennt, wird wissen, daß in ihr alles Dänische im Zeichen des Verschweigens oder der Verhöhnung steht. Da gibt es keine Anerkennung von irgend etwas, keine ehrliche Erwähnung, nur geringschätziges Schweigen oder hämische Bespeigung von allem, was den dänischen Namen trägt.*

Der Dieb denkt, daß jedermann stiehlt. Es sind dieselben Leute, die uns Dänen bezichtigen, daß wir alles, was deutsch ist, hassen und herabsetzen.

Und das behauptet man von uns, die wir in unserer Presse den Mut haben, die ausführlichsten Äußerungen von deutscher Seite mitzuteilen, lange Aufsätze über unsere Verhältnisse aus den großen deutschen Zeitungen, ja sogar aus unseren hiesigen Verdeutschungszeitungen, laufende Berichte aus dem Deutschen Reichstag, ja wörtliche Wiedergaben von deutschen Amtsvorsterreden, von deutschen Landratsreden, von deutschen Oberpräsidentenreden, von deutschen Ministerreden, von deutschen Reichskanzlerreden, von deutschen Kaiserreden — alles.

Man sagt, wir zeigten Unwillen gegen das Deutschtum und gegen die Preußerei. Ja, das haben wir getan, das wollen wir ehrlich und redlich gestehen. Bismarck überzog 1864 unser Vaterland mit Krieg; es geschah, sagen die Deutschen, um unser Recht, unsere Freiheit, unsere Selbständigkeit zu schützen. Ja, Gott bessere es! Später war Bismarck so freimütig, zu sagen, daß der preußische Grund zum Kriege kurz und bündig so ausgedrückt werden konnte: ‚Das müssen wir haben‘, ‚Dat mött wi hebben‘. Wir wollen dann auch so freimütig sein, zu bekennen: ‚Wir haben Bismarck nicht geliebt.‘“

Über den ehemaligen dänischen Leutnant, den späteren preußischen Generalstabschef Helmuth von Moltke im Jahre 1864, führt Jessen aus:

„Die Preußen werden wohl behaupten, es sei seine Pflicht. Aber ich weiß, was

nicht seine Pflicht war. An unserem traurigsten Tage, am 29. Juni 1864, als Aلسen, der letzte Rest von Sønderjyllands Erde, in die Macht des Feindes fiel, da hätte sich wohl ein Gefühl von Wehmut und Anteilnahme rühren können im Herzen eines Mannes, der trotz alledem die Ehre gehabt hatte, Offizier in dem treuen dänischen Heere zu sein.

Damals drückte Moltke in einem Privatbrief seine Freude darüber aus, „Hannemann“ laufen zu sehen. Wir haben Moltke nicht geliebt.

Denjenigen gegenüber, die mit Freude dabei waren, unser Vaterland zu zerstückeln, hegen wir nur ein Gefühl: einen unlöslichen Unwillen.

Aber auf welche Person im Deutschen Reichstag sollten wir jetzt unseren Unwillen richten? Ich wüßte keine.

Wir gehen noch weiter: Wir wollen den Deutschen alles mögliche Gute gönnen, dem Deutschen Reich und dem preußischen Staat allen Fortschritt und Blüte, wenn man uns nur unser Recht gönnt.“

Wahlrede in Apenrade am 21. November 1901

Im Jahre 1902, in einer Wahlrede in Sommerstedt am 25. Februar, wiederholte Jens Jessen seine Meinung über die Deutschen:

„Wen sollen wir zu unseren unveränderlichen und unversöhnlichen Gegnern rechnen? Sind es die Heimdeutschen oder die Wilddeutschen — oder beide Teile? Streng genommen, keine von beiden.

Da der Verwandte dem Verwandten am feindlichsten ist, da mag es wohl so sein, daß wir, obschon wir keine unbeglichenen Rechnungen mit unseren guten Nachbarn und Bekannten, den Heimdeutschen, als einzelnen haben, so haben wir sehr viel an ihnen auszusetzen, wenn sie in Haufen kommen. Wir finden, daß sie sich merkwürdig benehmen, wenn sie in den Fußstapfen der Preußen stapfen wollen. Zum Beispiel können wir es nicht in unseren Kopf kriegen, daß irgendeiner von ihnen Helfershelferdienste leisten will, um die eigene Sprache totzuschlagen. Wenn wir es ihnen so sehr verübeln, dann kommt das daher, daß wir meinen, daß sie zu uns gehören, sie sind einige von unseren Angehörigen. Aber für seine Angehörigen wünscht man nichts Böses, und mit ihnen will man, wenn es so weit gekommen ist, sich gerne vertragen. Wir erwarten nicht, daß es heute oder morgen geschieht, aber wir wünschen, daß der Tag kommen möge, da die Heimdeutschen oder doch ihre Kinder einsehen werden, daß man in der besten Gesellschaft ist, wenn man mit den Angehörigen zusammen ist. Ein Zeichen dafür ist es, daß in einigen Gegenden die Heimdeutschen sich ab und zu den Besuch des Deutschen Vereins verboten haben.

Aber wir hassen auch nicht die Wilddeutschen, die hierher verschlagen sind, wenn sie sonst ordentliche Leute sind. Viele von ihnen sind nicht allzu froh über die lockenden Stimmen, die sie hier in unser Land mit dem Köder gelockt haben, daß

sie hier Gold und grüne Wälder bekommen sollten. Ihre Enttäuschung richtet sich nicht immer gegen die Dänen. Wir haben sogar gesehen, daß solche deutschen Siedler zur Wahl gegangen sind und dänisch gewählt haben. Sie haben gemeint, daß es in einem dänischen Land gar nicht verkehrt sei, zusammen mit der einheimischen Bevölkerung zu wählen, anstatt uns Leid anzutun dadurch, daß sie gegen uns wählten.

Wir wollen nicht einmal den preußischen Beamten zu nahe treten. Wenn Leute, nur um zu leben ein kleines preußisches Amt haben übernehmen müssen, dann kann es für sie hart genug sein, zu deutschen Versammlungen gehen zu müssen, ihren Namen zu deutschen Aufrufen hergeben und bei den Wahlen deutsch wählen zu müssen. Und wenn wir zu den eigentlichen Beamten kommen, dann treten nicht alle Beamten als unsere Gegner auf. Vielleicht möchte bei der kommenden Reichstagswahl ein Teil der Pastoren sogar lieber zu Hause bleiben. Als Gegner, mit denen wir nichts zu tun haben wollen, sehen wir nur die Mitglieder der Verdeutschungspartei als solche an, alle diejenigen umfassend, die dahin arbeiten, uns zu kränken, uns zu verfolgen, uns zu schädigen und uns zu zerstören. Mit ihnen gibt es keine Versöhnung, sondern nur Kampf und Krieg.“

Wahlrede in Sommerstedt am 25. Februar 1902

Die andere Erwähnung war in der Wahlrede in Fjelstrup am 27. Februar 1902. Jessen sagte:

„Der Verfasser Henrik Pontoppidan erzählt in seinem Buch ‚Lille Rødhætte‘ (Rotkäppchen) von einer Gutsbesitzerfrau, die nach dem Tode ihres Mannes das Testament unterschlug und dadurch Besitzerin des Gutes wurde. Aber sie konnte es nicht fertigbringen, die Urkunde zu vernichten. In schlaflosen Nächten stand sie auf und ging in den Saal hinein, wo sie das Testament verborgen hatte, in einem hohlen Raum unter einem Fenster. Sie nahm es hervor und las es. Die nächtlichen Wanderungen im Saal fielen auf und gaben den Anlaß zur Enthüllung des Betrugs. Sie endete im Zuchthaus.

Die Verdeutschungspartei benimmt sich wie jene Betrügerin. Das Gewissen läßt ihr keine Ruhe. Sie muß stets von der Geschichte reden. In ihrer sittlichen Verwilderung will sie die Verfälschung damit decken, daß sie immerfort behauptet, daß die Landesverräter gegen unser Vaterland Recht hatten und daß wir Dänen nur Unrecht gehabt haben.

Wahlrede in Fjelstrup am 27. Februar 1902

*

Jens Jessen konnte auch seinen Landsleuten die Wahrheit sagen, auch wenn es vielleicht Freunde und Abonnenten kostete, wie es eben in den Erinnerungen von O. D. Schack deutlich wird. Von dem Kriege 1864 sprach er in der Wahlrede ‚Unsere Zukunft‘ am 9. Februar 1902 in Hadersleben, nachdem er erwähnt hatte,

daß die Deutschen eine besondere Freude daran haben, daß die Dänen am Ausbruch des Krieges selber Schuld hätten. Jessen sagte weiter:

„Wir Schleswiger haben es nie unterlassen, den Deutschen einigermaßen darin Recht zu geben, daß dänische Unklugheit am Ausbruch des Krieges 1864 mitschuldig war. Der verstorbene Hofbesitzer J. F. Friis auf Ejsbøl erzählte mir einmal, wie Krüger 1863 auf der ‚Harmonie‘ hier in Hadersleben seinen Wählern versprechen mußte, daß er im Reichsrat gegen die Novemberverfassung stimmen würde. Als Krüger nach Kopenhagen gekommen war, mußte er aber der Auffassung nachgeben, daß wenn die Novemberverfassung doch angenommen würde, dann sollte ein dänisch-schleswigsches Mitglied des Reichrates nicht dagegen stimmen.“ ...

„Wir hatten vor 1864 nur eine einzige Politik zu führen, und das war die: um jeden Preis dem Krieg zu entgehen! Und diese Politik haben wir nicht befolgt.

Es gibt wohl einige, die meinen, mit diesem Bekenntnis sollten wir gerne schweigen. Es sei doch nicht klug, seine eigenen Fehler zu verraten. Es könne unseren Mut niederschlagen.

Aber ich frage: Was ist besser, zu glauben, entweder daß die Unglücke uns nicht getroffen haben, ohne daß wir selber einige Fehler und etwas Schuld hatten, oder daß wir völlig machtlos und hilflos dastanden einem unabwendbaren Schicksal gegenüber, so daß alle Klugheit und Besonnenheit weder hätte etwas helfen noch etwas abwenden können?

Ich halte dafür, daß es besser ist, zu glauben, daß wir doch einigermaßen unser Schicksal in unserer eigenen Hand halten.

Wahlrede in Hadersleben am 9. Februar 1902

Im Jahre 1864 war Jens Jessen zehn Jahre alt. Seine Auffassung von der Politik hatte er schon seit 1863 und 1864, und er hatte sie von seinem Vater. Wie er war Jens Jessen eine konservative Natur, der seine Meinungen behielt, wenn er sie nicht durch bessere und neue ersetzen konnte. Das letztere hat er auch getan, denn er war keine steife, unabänderliche, sondern eine hellwache und — wenn es sein mußte — bewegliche Natur. Das zeigt zum Beispiel sein Verhältnis zu den Deutschen. Beim ersten Blick findet man in ihm eine Persönlichkeit aus einem Guß, und zwar von dem allerbesten Guß. Studiert man ihn näher, merkt man doch, daß dem nicht so ist. Es waren einst und ursprünglich Risse und Gegensätze in seiner Natur, aber dann denkt man an alle seine Schüler: Petersen, Christiansen, Svensson und L. P. Christensen, und daran, wie er sie geformt hat, und dann versteht man, daß er sich selber zu einem Mann erzogen hat, und die Schlußfolgerungen aus seinen Gedanken über den Ausbruch des Krieges 1864 sind ein Teil seiner Selbsterziehung, womit er auch sein Volk, in erster Linie seine schleswigschen Landsleute erziehen wollte.

Er war nicht wie Gustav Johannsen ein volkstümlicher Mann. Auf viele hat er abstoßend gewirkt und so wirkt er heute immer noch. Auch im Gegensatz zu H. P. Hanssen. Aber trotzdem hat er ein großes Gefolge um sich scharen können, größer als alle anderen sønderjyllandschen Führer, größer als sowohl Krüger, Gustav Johannsen und auch H. P. Hanssen — erst als Zeitungsredakteur, später als Nordschleswigs Sprecher im Deutschen Reichstag. Es ehrt die nordschleswigsche Bevölkerung, daß sie ihm gefolgt ist, und seine Worte: „Es ist besser zu glauben, daß wir doch einigermaßen unser Schicksal in unserer eigenen Hand halten“, von ihr verstanden worden ist. Zuverlässige Berichte erzählen, daß bei der Nachricht von seinem Tode 1906 erwachsene Männer auf Alsen und in Westschleswig und überall geweint haben. Das tat man und das tut man sonst nicht hier im Schleswigschen. Eine Bevölkerung ehrt sich selber durch solche Tränen.

*

Ursprünglich wollte ich an H. P. Johannsens Auffassung von Jens Jessens Feindverhältnis zu Deutschland ein wenig rütteln. Man kann nicht sagen, daß es gelungen ist. Es ist auch nicht so wichtig, wer nun recht hat. Ich hoffe jedoch, ein Bild von Jens Jessen gegeben zu haben, daß einigermaßen richtig ist, ein Bild, das nicht zu einseitig ist. Ich hoffe, daß diejenigen, die schon Jens Jessen kannten, mit diesem Bild zufrieden sein können, und daß diejenigen, die ihn nur als einen historischen Schatten oder eine Schablone kannten, nun auch ein Bild von einem Menschen bekommen haben, der einmal eine lebendige Wirklichkeit war.

Men lovet være Himlens Gud,
de ædles æt dør aldrig ud. *Grundtvig*

Gelobet sei des Himmels Gott,
das Geschlecht der Edlen stirbt niemals aus.

Zu den folgenden beiden Aufsätzen, deren Verfasser Amtsbürgermeister Erik Jessen, der Repräsentant des neuen Großkreises Nordschleswig, ist, sind einige Vorbemerkungen notwendig. Sie betreffen die Schwierigkeit der sachlich korrekten Übertragung aus dem Dänischen. Das bezieht sich zum einen auf die geographischen Bezeichnungen, die sich im Deutschen und Dänischen aus geschichtlichen Gründen nicht decken und bei denen zudem durch die nationalen Kämpfe eines Jahrhunderts politische und emotionale Untertöne mitschwingen. Um die Unterschiede in den geographischen Bezeichnungen im Schleswigschen wissend, haben wir aus reinen Zweckmäßigkeitserwägungen — der Mehrzahl unserer Leser sind nur die deutschen Bezeichnungen geläufig — für den jetzigen Großkreis zwischen der heutigen und der alten Königsaugrenze einheitlich die Bezeichnung „Nordschleswig“ gewählt und für das Gebiet nördlich der Königsau die Bezeichnung „das südliche Jütland“. — Die gleiche Schwierigkeit ergibt sich bei der Notwendigkeit, für die Bezeichnung dänischer Verwaltungsbereiche und -formen im Deutschen analoge und zutreffende Vokabeln zu finden. Wir haben uns darum bemüht, sind uns aber der Schwierigkeit und unvermeidbaren Ungenauigkeit bei diesem Unterfangen bewußt. Im übrigen freuen wir uns, im Nachstehenden — der etwas gekürzten Wiedergabe zweier Vorträge — unsem Lesern die Meinung des leitenden Mannes der Verwaltung in Nordschleswig zu der künftigen Entwicklung dieses Gebietes vermitteln zu können.

ERIK JESSEN

Grenz- und Strukturprobleme in Nordschleswig und dem südlichen Jütland

Nordschleswig und das südliche Jütland haben historisch eine verschiedene Entwicklung genommen, weil Nordschleswig nach dem verlorenen Kriege von 1864 zu einem Teil des späteren Deutschen Reiches wurde, während das südliche Jütland, d. h. das Gebiet nördlich der Königsau, der dänischen Entwicklung folgte. Das Gebiet, welches wir heute als „Sønderjyllands amtskommune“ (Amt = Kreis Nordschleswig) kennen, hatte 1860 etwa 150000 Einwohner, das entsprach der Zahl in den beiden angrenzenden Ämtern Vejle und Ribe, die zusammen an die 150000 Einwohner zählten, aber auf einem Gebiet wohnten, das um 30 Prozent größer war als das damalige Nordschleswig. Die Bevölkerungsdichte in Nordschleswig war damals also bedeutend größer als in den angrenzenden Nachbarämtern nördlich der Königsau.

Bei der Volkszählung 1921 wohnten im heutigen Amt Nordschleswig 164000 Einwohner, was einem Bevölkerungszuwachs von etwa 10 Prozent in sechzig Jahren entsprach. Aber im gleichen Zeitraum hatte sich die Bevölkerung in den Ämtern Ribe/Vejle nahezu verdoppelt. Diese Entwicklung hielt an. Diese beiden Ämter erhöhten ihre Einwohnerzahl von 1921 bis 1965 um etwa 130000, während

sie sich in Nordschleswig in der gleichen Zeit nur um 64000 vermehrte. Auch in den letzten fünf Jahren war der prozentuale Anstieg in Vejle/Ribe größer.

Aber entscheidender für die Struktur beider Gebiete war es, daß das Wachstum in dieser Periode fast ausschließlich in den Städten stattfand, 1860 hatten die beiden Vergleichsgebiete etwa gleich viele, nämlich 20000 bis 25000 Stadtbewohner, 1921 dagegen wohnten doppelt so viele Stadtbewohner in den Ämtern Vejle/Ribe wie im Amt Nordschleswig. Diese Entwicklung hielt an, so daß man 1965 etwa 175000 Stadtbewohner in den Ämtern Vejle/Ribe zählte, während die Zahl in Nordschleswig nur 73000 betrug.

In den Jahren von 1860 bis 1920 fand bekanntlich eine sehr bedeutende Stadtentwicklung statt, sowohl in Dänemark wie auch in Schleswig-Holstein. Aber wegen der ungünstigen Lage am Rande des Deutschen Reiches, der Auswanderung, des Mangels an Kapital und mangelndem Investitionswillen kam diese Entwicklung in Nordschleswig nicht zum Tragen. Die einzige Stadt, die überhaupt Vorteil von der Entwicklung hatte, war die größte Stadt des alten Herzogtums Schleswig: Flensburg. Die Entwicklung im Süden verstärkte sich, je näher man nach Hamburg kam, das gleiche Bild also, wie man es bei der bedeutenden Stadtentwicklung im Umkreis der Hauptstadt Kopenhagen in jener Zeit beobachtete. Man darf aber nicht vergessen, daß auch im südlichen Jütland in diesen Jahrzehnten eine nicht geringe Entwicklung zu verzeichnen war. Die Städte Vejle, Fredericia und Kolding hatten ihre stärkste Wachstumsperiode, und Esbjerg entwickelte sich kräftig und stetig. Das Herzogtum Schleswig verzeichnete vor 1864 eine verhältnismäßig starke Stadtentwicklung, in der Zeit des Deutschen Reiches kam sie zum Stillstand. Diese Tatsache hat seither die Struktur des heutigen Amtes Nordschleswig geprägt; es hat jedoch seit 1920 eine ganz befriedigende Stadtentwicklung stattgefunden, wenn auch keine stärkere als im Landesdurchschnitt.

Die beiden größten nordschleswigschen Stadtgemeinden — Hadersleben und Apenrade — haben etwa 30000 Einwohner, dann folgt Sonderburg mit 20000 und weitere mit 10000 bis 20000 Einwohnern. Es kann also nicht, wie nördlich der Königsau, von sehr starker Stadtentwicklung die Rede sein, wie es bei Esbjerg mit 76000, Kolding mit 52000 und Vejle mit 50000 sowie Fredericia mit 43000 Einwohnern der Fall ist. Es nimmt nicht wunder, daß sich Nordschleswig ab und an von der Ausstrahlung dieser großen Stadtgemeinden etwas bedrückt fühlt.

Hinzu kommt aber noch, daß südlich der jetzigen Staatsgrenze eine bemerkenswerte Entwicklung stattgefunden hat. Da liegt die Stadt Flensburg, die zur Zeit des Gesamtstaates die größte Stadt nach Kopenhagen war. Bis zum zweiten Weltkrieg wohnten in ihr etwa 65000 Menschen, aber gegen Kriegsende mußte Flensburg einen so großen Flüchtlingsstrom aufnehmen, daß die Bevölkerungszahl sich vorübergehend etwa verdoppelte. Dann hat die Zahl sich

auf etwa 100000 Einwohner eingependelt. Was einmal ein großes Problem war, die Frage ob und wie man die Flüchtlinge in die bestehende Gesellschaft eingliedern könnte, wandte sich zu einem entschiedenen Vorteil für die gewerbliche Entwicklung im Lande Schleswig-Holstein, welches dadurch Arbeitskräfte in so großem Umfang bekam, daß man den Bedarf von Industrie und Gewerbe befriedigen konnte.

Für Flensburg und Umgebung bedeutete das, daß man in der Lage war, die sehr bedeutende Zahl von dänischen und skandinavischen Unternehmen aufzunehmen, die Zweigbetriebe in diesem Gebiet plazierten, um innerhalb des Gemeinsamen Marktes Fuß zu fassen. Die dänischen und skandinavischen Industriebetriebe fallen stark ins Gewicht und sind Veranlassung für die Anwerbung von gar nicht so wenigen Gastarbeitern gewesen.

Die Bevölkerungsdichte Nordschleswigs variiert stark. Im Gebiet Sonderburgs beispielsweise beträgt sie 137, im Gebiet Tondern nur reichlich 30 je km. Der Amtsbereich insgesamt hat knapp 60 Einwohner je qkm und entspricht damit im großen und ganzen dem Amt Ribe, wogegen Vejle dicht an 100 Einwohner je qkm herankommt. Südlich der heutigen Grenze liegt der Durchschnitt etwas höher, aber auch dort entstehen große Unterschiede zwischen dem Osten und der Westküste. Das Land Schleswig-Holstein hat 161 Einwohner, wogegen der Durchschnitt des Landesteils Schleswig nur 104 beträgt und sich von 77 je qkm im Raum Husum bis zu 170 im Raum Flensburg bewegt. Wie man sieht, sind es bedeutend höhere Zahlen als in Nordschleswig.

Das Bild, welches sich so hinsichtlich der Bevölkerung im Amt Nordschleswig ergibt, zeigt, daß man sich in dem Gebiet in einer ganz guten Entwicklung befindet, daß aber beträchtliche Unterschiede der Bevölkerungsdichte bestehen und daß unsere Zukunftsaussichten bis zu einem gewissen Grad im Hinblick auf die Tatsache beurteilt werden müssen, daß sowohl nördlich als auch südlich des Amtes Nordschleswig eine dichtere Bevölkerung in Stadtgemeinden von bedeutender Größe lebt, von denen einige in starker Expansion begriffen sind.

*

Zu unserer Situation heute zunächst ein paar Bemerkungen zur Landwirtschaft. Wir können feststellen, daß die nordschleswigsche Landwirtschaft in den Jahren nach dem zweiten Weltkrieg im allgemeinen mit der entsprechenden dänischen Entwicklung Schritt gehalten hat. Die Zahl der landwirtschaftlichen Betriebe und die Zahl der Beschäftigten in ihnen fällt auch weiterhin. So wurden 1950 noch gut 16000 Mitarbeiter in der Landwirtschaft gezählt; diese Zahl ist jetzt auf knapp 3000 gesunken. Der Umstellungsprozeß der nordschleswigschen Landwirtschaft folgt damit ziemlich genau dem des übrigen Dänemark. Am meisten ins Auge fallen hier eine Anzahl bedeutender Fusionen auf dem Gebiet der Produktion.

Die Gärtnerei hat in Nordschleswig wohl niemals ganz so gut dagestanden wie in

vielen anderen Teilen des Landes. Eine Reihe Versuche, dieses Gewerbe zu fördern, hat positive Tendenzen gehabt, so daß hier eine gewisse Entwicklung erwartet werden darf, nicht zuletzt nach Schaffung ganz guter Bedingungen für den gemeinsamen Absatz.

Bevölkerungsmäßig nötigt uns die Landwirtschaft heute nicht mehr so großes Interesse wie früher ab. Es konzentriert sich in dieser Hinsicht in höherem Maße auf Industrie, Handel, Transport und Dienstleistungen. Es ist auch festzustellen, daß die nordschleswigschen Landgebiete seit dem Anfang der fünfziger Jahre an Bevölkerung verloren haben, während z. B. die nordschleswigschen Städte in der Zeit nach 1920 ihre Bevölkerungszahl stetig erhöht haben. Da wäre Vojens/Hadersleben, wobei das Wachstum besonders in Vojens stattfand, dann das Gebiet Rødekro/Apenrade, des weiteren die Grenzgemeinde Bov, deren Entwicklung zum einen durch den lokalen Grenzverkehr und Grenzhandel und zum anderen durch die weitgespannte europäische Aktivität der Spediteure und Transportfirmen bedingt ist. Während man im westlichen Teil Nordschleswigs eine Bevölkerungsstagnation beobachten kann, hat die Entwicklung in Handel und Industrie in Sonderburg und auf Alsen einen besonders bedeutungsvollen Bevölkerungszuwachs mit sich gebracht. Dort liegt einer von Dänemarks größten Industriebetrieben, der vor kurzem mitteilte, daß man vor einer neuen, bedeutungsvollen Entwicklung stehe. Es muß aber auch erwähnt werden, daß sich in diesem Gebiet noch eine Reihe Betriebe befindet, die man als groß oder mittelgroß bezeichnen kann.

*

Wir können also beobachten, daß die Nordschleswigkarte einen Landesteil mit einer schiefen Bevölkerungsverteilung zeigt. Ganz draußen im Westen wohnen nur ein paar Menschen auf einem Quadratkilometer, im Osten, auf Alsen, beträgt die Zahl ein mehrfaches und auch das Wachstum ist ein mehrfaches.

Es ist gewiß bemerkenswert, daß die meisten bedeutenden Industrien im nordschleswigschen Bereich „selbstgeschaffen“ sind, das heißt geschaffen von Leuten, die hier geboren und aufgewachsen sind und Ideen, Initiative und Tatkraft gehabt haben, einen Betrieb aufzubauen, oder es waren Leute, die zugezogen sind und auf gleiche Weise etwas geschaffen haben, das wert ist, bewahrt zu werden. Das bedeutet aber nicht, daß es nicht für Nordschleswig von Bedeutung gewesen wäre, daß wir über einen Faktor namens „Gebietsentwicklungsgesetz“ verfügen. So hat Nordschleswig von den insgesamt gewährten Staatsgarantien für Gebietsentwicklungszwecke 10 Prozent erhalten, von den Darlehen für Industriegebäude etwa 14 Prozent und von den Investierungszuschüssen etwa 20 Prozent.

Als ein besonderer nordschleswigscher Faktor in der Gebietsentwicklungsarbeit kann der vom Sønderjyllands Erhvervsråd gegründete Sønderjyllands

Investeringfonds genannt werden, der in Zusammenarbeit der Banken im Landesteil mit der Staatskasse geschaffen wurde. Der Fond mit einem Grundkapital von 10 Millionen Kronen hat seine Existenzberechtigung bewiesen, indem er bisher Darlehen an etwa 300 Unternehmer geben konnte.

Die öffentliche Förderung ist nicht nur den westlichen Gebieten des Landesteils zugefallen, sondern auch den früheren Ämtern Hadersleben und Apenrade, denn man muß sich vergegenwärtigen, daß das nordschleswigsche Problem der Gebietsentwicklung nicht nur für das frühere Amt Tondern besteht, sondern auch für nicht unbedeutliche Gebiete in den früheren Ämtern Hadersleben und Apenrade. In der Zeit von 1950 bis 1970 sind in Nordschleswig 112 neue Unternehmen gegründet worden, die für andere Verbraucher als nur für den lokalen Markt produzieren. Diese neuen Unternehmen beschäftigen heute mehr als 5000 Menschen.

Eine der ständigen Fragen in der nordschleswigschen Debatte ist natürlich die Frage, wie man für die westlichen Gebiete eine befriedigende Entwicklung sicherstellen kann. Dies Problem ist auch von landespolitischem Interesse, da das Gebiet nicht nur eine sehr geringe Bevölkerungsdichte hat, sondern auch unmittelbar an einem Stück der Landesgrenze von Dänemark liegt. Es ist eine ganze Menge getan worden. So scheint es, daß in den Städten Tondern, Bredebro und Skærbæk auf Grund eines nicht ganz unbedeutenden Industrialisierungsprozesses ein befriedigendes Wachstum zu verzeichnen ist. Weiter scheint Lügumkloster zu wachsen, wo mit dem Refugium als Grundlage sich eine nicht geringe Aktivität entfaltet. Das Gebiet hat unter dem augenblicklichen Rationalisierungsprozeß innerhalb der staatlichen Verwaltung gelitten. Beispielsweise ist die Zahl der Beschäftigten bei der dänischen Staatsbahn und beim Zoll bedeutend reduziert worden. Dagegen scheint der Unterrichtssektor ganz lebendig zu sein. Vermutlich wird in Kürze ein Beschluß über einen nicht unbeachtlichen Ausbau des Staatsseminars in der Stadt Tondern gefaßt werden. Von den schon genannten 112 Unternehmen haben 32 mit etwa 1400 Beschäftigten ihren Standort in dem früheren Amt Tondern. Auf Rømø liegt der vor nicht allzu langer Zeit gebaute Hafen Havneby. Der Hintergrund für diese Investition war, „daß von einem bescheidenen Anfang eine Entwicklung auf die Insel und ihre Umgebung ausgehen kann, welche den Stillstand überwinden kann, in dem das Gebiet sich befindet“.

Bei der künftigen Planung und Untersuchung der nordschleswigschen Zukunftsmöglichkeiten muß eine besondere Untersuchung den Verhältnissen in den westlichen Gebieten gelten. Es ist auf viele positive Aspekte hinzuweisen, z. B. auf die zunehmende Industrialisierung und auf eine gewisse weibliche Arbeitskraftreserve. Zudem wird die Landwirtschaft voraussichtlich noch einen Teil ihrer Arbeitskräfte abgeben. Hinzu kommt, daß die Landschaft schön und

eigenartig ist, so daß man sich auch denken könnte, daß Tourismus und Erholung eine der Zukunftsmöglichkeiten bilden könnten.

*

Für die Entwicklung in Nordschleswig ist es von außerordentlichem Wert gewesen, daß man sich schon in den zwanziger Jahren über die Zentralisierung der Stromerzeugung einigte. Dadurch und infolge einer bewußten Wirtschaftspolitik hat der Landesteil hier besonders günstige Bedingungen gehabt. Es ist auch der Erwähnung wert, daß die beträchtliche Modernisierung der Straßen von wesentlichem Wert war. Einen großen Wunsch haben wir auf diesem Gebiet: Wir hoffen sehr, daß der Bau der ostnordschleswigschen Autostraße jetzt vorangetrieben werden kann. Sie ist nördlich von Kolding fertiggestellt und es ist die Genehmigung zur Betriebsaufnahme bis südlich Christiansfeld gegeben, nun warten wir auf den Rest der Straße bis zur Grenze. Der Wunsch ist wohlbegründet. Im Jahre 1970 betrug der Juli-Verkehr zwischen Apenrade und Hadersleben 14800 Autos je 24 Stunden, an der Grenze bei Kruså 18400, während die Zahl z. B. nördlich von Stilling (südlich Aarhus) 10200, auf der Strecke Aarhus—Randers 8800 und bei Ullerslev zwischen Odense und Nyborg 11100 betrug. Einen nicht unbeträchtlichen Teil des Verkehrs auf der gegenwärtigen Hauptstraße machen die schweren Lastfahrzeuge aus, wodurch der Wunsch nach baldiger Fertigstellung der nordschleswigschen Autostraße noch unterstrichen wird.

Es ist nicht verwunderlich, daß die starke Entwicklung auf Alsen den Wunsch nach einer weiteren Verbindung über den Alsensund aufkommen ließ. Es ist ein Projekt für eine neue Hochbrücke in Vorbereitung, und wir hoffen, daß sie innerhalb des nächsten Jahres ausgeführt werden kann.

Von den nordschleswigschen Häfen haben sich Apenrade und Sonderburg bis jetzt auch bei der augenblicklichen Umstrukturierung und Zentralisierung der Gütertransporte gegen die Konkurrenz behaupten können. Apenrade ist der typische Massengüterhafen, wobei Öl die Haupteinnahmequelle darstellt. Sonderburg dagegen ist ein nicht unbedeutender Stückguthafen. Aber ein bedeutend größerer Hafenumschlag findet bekanntlich in Esbjerg und Fredericia statt, auch Kolding hat einen beachtlichen Umschlag. Es besteht kein Zweifel, darüber, daß diese Häfen im südlichen Jütland für die nordschleswigschen Häfen indirekt eine beträchtliche Konkurrenz bedeuten, obwohl der Verkehr in Apenrade, wenn man von den Ölprodukten absieht, im großen und ganzen aus dem Verkehr von und nach Ost- und Westdeutschland besteht.

Unser Eisenbahnsystem ist kürzlich diskutiert worden. Im Zuge zur Rationalisierung der dänischen Staatsbahn ist vorauszusehen, daß die Bahnstrecke Tønder—Tinglev stillgelegt wird, dagegen deutet manches darauf hin, daß die Bahnstrecke Bramminge—Tønder vor einer Aufwärtsentwicklung steht, so daß Hoffnung besteht, daß diese Strecke erhalten bleibt. Die

Ostküstenbahn hat keine derartigen Probleme, es haben im Laufe der Jahre wesentliche Verbesserungen in den Bahnverbindungen — besonders nach Kopenhagen, Aarhus und Hamburg — stattgefunden.

Flugplätze sind sehr aktuell und man kann wohl sagen, populär geworden. Der neue Flugplatz, der nördlich von Sonderburg gebaut worden ist, ist zu einem sehr beachtlichen Erfolg geworden mit fünf täglichen Abflügen von und nach Kopenhagen. Von dem Militärflugplatz Skrydstrup bei Vojens finden täglich drei Flüge von und nach Kopenhagen statt. Dazu kommt, daß auch der nördliche Teil Nordschleswigs sowie Südjütland mit dem Flugplatz in Billund und dem neuen Flugplatz in Esbjerg besonders gut bedient sind. Darüber hinaus gibt es eine Anzahl Landeplätze, u. a. in Tondern und Rødekro. Von dem Flugplatz in Flensburg führt die Sonderburger Gesellschaft Cimber Air auch Linienflüge innerhalb des westdeutschen Raumes aus.

Eine Gesamtwürdigung der Verkehrsverhältnisse im südlichen Jütland und in Nordschleswig fällt also günstig aus, wenn man auch verstehen kann, daß noch eine Reihe Wünsche auf dem Programm stehen.

*

Natürlich hat die nordschleswigsche Industrie seit 1920 in ihrer Zusammensetzung große Veränderungen erfahren, es ist aber doch festzustellen, daß es nicht dazu gereicht hat, daß die Branchenverteilung sich dem Landesdurchschnitt angenähert hat. Sowohl 1925 als auch noch 1968 war die nordschleswigsche Industrie einseitiger in ihrer Zusammensetzung als die des Landes insgesamt. 1925 dominierten die Nahrungs- und Genußmittelindustrie sowie die Steine-, Leder- und Glasindustrie. Jetzt macht die Eisen- und Metallindustrie mehr als 50 Prozent der Industrie Nordschleswigs aus. Die entsprechende Zahl für ganz Dänemark ist etwa 30 Prozent. Es folgt die Nahrungs- und Genußmittelindustrie mit reichlich 11 Proz. An nächster Stelle folgen Schuhzeug und Bekleidung mit 7,9 Proz. sowie die Textilindustrie mit 7,1 Prozent und die Holzindustrie mit 6,4 Prozent. Außer der Eisen- und Metallindustrie haben auch Schuhzeug und Bekleidung sowie die Holzindustrie einen Rückgang erfahren. Die Textilindustrie und die Nahrungs- und Genußmittelindustrie sind zwar prozentual zurückgegangen, haben aber ihren Anteil in bezug auf das ganze Land verbessert. Wenn ich weiter erwähne, daß mehr als die Hälfte des Personals der nordschleswigschen Industrie im Gebiet Sonderburg/Alsens beschäftigt ist, wird man verstehen, daß man zusammenfassend über die nordschleswigschen Gewerbe- und Strukturprobleme etwa sagen kann: Das Amt Nordschleswig befindet sich in einer gesunden und befriedigenden Entwicklung, es bestehen im Innern und nach außen gute Verkehrsbedingungen. Man findet fast alle Annehmlichkeiten, die Menschen von 1971 sich wünschen können. Die Entwicklung im Westen läßt noch viel zu wünschen übrig, während die

Entwicklung im Südosten sehr bedeutend und von dominierendem Einfluß auf die Bevölkerungsstatistik des Landesteils ist. Das Amt hat keine besonders große und dominierende Stadt, sondern man muß sich damit abfinden, daß es im südlichen Jütland eine Reihe großer und attraktiver Stadtgemeinden gibt — wie Esbjerg, Kolding, Vejle und Fredericia. Weiter muß man akzeptieren, daß südlich der jetzigen dänisch-deutschen Grenze die Großstadt Flensburg liegt, von der aber, solange die augenblicklichen Grenzverhältnisse bestehen, nicht zu erwarten ist, daß sie für unser Gebiet irgendeine beherrschende Rolle bekommen wird. Damit wird aber nicht in Abrede gestellt, daß bei uns ein Gefühl der Unsicherheit darüber herrscht, welche Zukunft uns der eventuelle Beitritt Dänemarks zur EWG bescheren wird. Wird er ein weiteres Wachstum für unser städtisches Gewerbe und den Verkehr nach sich ziehen, wie man es vor einhundert bis zweihundert Jahren erlebte, oder wird er bedeuten, daß man in großem Maße aus unserem Gebiet herausstrebt? Wird die Folge sein, daß das Gebiet Flensburg — besonders im Groß- und Einzelhandel — eine dominierende Rolle erhält? Die hiermit verknüpften Probleme wird man in den nächsten Jahren weiter untersuchen. Im übrigen muß der weitere wirtschaftliche Fortschritt auf einer Fortsetzung der schon eingeleiteten Industrialisierung und Urbanisierung basieren. Wir sind verhältnismäßig spät in Gang gekommen, und die Stadtentwicklung hat jahrelang stagniert. Man darf auch wohl sagen, das uns bis zu einem gewissen Grad die industrielle Tradition gefehlt hat, weswegen es für uns notwendig ist, daß wir uns mehr für das Problem der Ausbildung auf sehr breiter Basis interessieren.

*

Bekanntlich ist das Gebiet Esbjerg/Ribe als eines der kommenden Räume für ein Universitäts- bzw. Unterrichtszentrum ausersehen. Wir hätten hier gerne gesehen, wenn dieses Zentrum näher zu uns anstatt nach Esbjerg gekommen wäre, aber es kann kein Zweifel darüber herrschen, daß es nicht allein für das süd-jütische Gebiet, sondern auch für den nordschleswigschen Raum von Wert sein wird, wenn diese Universitätspläne vorangetrieben werden.

Ich möchte aber doch unterstreichen, daß der Beschluß, Esbjerg zu einem Unterrichtszentrum zu machen, schon jetzt eine ungünstige Entwicklung auf dem nordschleswigschen Unterrichtssektor bedeuten kann. Wir mußten uns ja schon bemühen, um zu verhindern, daß das Technikum in Sonderburg aufgelöst wurde, und wir kämpfen in diesen Tagen für den weiteren Ausbau der Handelshochschulabteilung in Sonderburg und bemühen uns um die Förderung der Ausbaupläne für das Staatsseminar in Tondern, um nur einige Probleme zu nennen.

Es versteht sich von selbst, daß die Voraussetzung für eine weitere günstige nordschleswigsche Entwicklung das Vorhandensein der nötigen Ausbildungsmöglichkeiten ist. Es ist eine natürliche und billige Forderung, daß die

Ansprüche und Wünsche nach Ausbildungsmöglichkeiten, die unsere Unternehmen stellen, zum überwiegenden Teil im Landesteil selbst erfüllt werden. Das wird wiederum die Voraussetzung dafür bilden, daß der Landesteil auch die nötigen Führungskräfte und Spezialisten anziehen vermag.

*

Ich habe Ihnen hier eine kleine Darstellung der besonderen Probleme in Nordschleswig gegeben, die aber ein wenig im Zusammenhang mit unseren Nachbarn im Norden und Süden gesehen wurden. Wenn man über Probleme berichtet, könnte der Zuhörer den Eindruck gewinnen, daß unser Alltag problembeladen und schwierig ist. So sehen wir selbst es nicht. Wir sind glücklich und zufrieden, hier zu wohnen, und stellen mit Befriedigung fest, daß die vielen neuen Nordschleswiger, die in den letzten Jahrzehnten nach hier gezogen sind, sich anscheinend auch gut eingelebt haben. Wir möchten weiterhin dafür wirken, daß Nordschleswig eine gute Stätte zum Wohnen und Arbeiten ist.

Sønderjyllands Amtsråd* seine Arbeitsweise und Probleme

Die Kommunalreform in Dänemark ist bisher nicht beendet. Vermutlich werden noch eine Anzahl Gemeindegemeinschaften stattfinden. Das wird wohl auch in der Sønderjyllands Amtskommune (— Großkreis Nordschleswig) geschehen, wo die Gemeinden etwa von 3400 bis zu 30000 Einwohner haben. Dagegen steht wohl fest, daß an der jetzt durchgeführten Amtseinteilung kaum mehr gerüttelt wird. Jedenfalls muß man feststellen, daß in jedem einzelnen der vierzehn neu etablierten Ämter (= Kreise) jetzt mit Volldampf unter der Voraussetzung geplant wird, daß diese ihre jetzige Größe behalten. Es erhebt sich dann und wann die Frage, ob es richtig war, die Ämter zu bilden, oder ob man sich nur mit sehr großen Gemeinden hätte zufriedengeben sollen. Ich glaube, man darf sagen, daß diese Debatte jetzt aufhören muß, nachdem von jetzt an sehr große Beträge unter der Voraussetzung der jetzigen Amtseinteilung investiert werden.

In Nordschleswig haben wir die Einteilung (ganz Nordschleswig ein Großamt) bekommen, zu der man sich allgemein entschieden hat. Einige hätten lieber ein Westküsten-Amt mit Esbjerg als Hauptmittelpunkt gesehen. Ich persönlich glaube nicht, daß eine solche Aufteilung ein Vorteil für die südlichen Teile des Westküstengebietes gewesen wäre, wogegen die Ostküste vermutlich keine wesentlichen Einwände gegen eine Zusammenlegung mit dem Norden gehabt hätte. Aber ich meine, es sollten alle zufrieden sein mit der Ordnung, die jetzt geschaffen worden und für die ja auch ein gewisser geschichtlicher Hintergrund vorhanden ist. Es ist meine persönliche Ansicht, daß auch die südjütischen Westgebiete Nutzen von der jetzt erfolgten Einteilung haben werden.

Vor der Wahl gab es eine große Debatte, ob der Amtsrat (Kreistag) 25 oder 27 Mitglieder haben sollte. Ich möchte wiederholen, was ich vorher gesagt habe, nämlich daß ich keinen großen Unterschied zwischen der Zahl 25 und 27 sehen kann, so daß die Debatte bis zu einem gewissen Grad ein Streit um des Kaisers Bart war. Als die Wahlergebnisse vorlagen, konnte man feststellen, daß eines der zwei Mandate der Schleswigschen Partei zugefallen wäre, und unter dieser Voraussetzung kann man wohl sagen, daß es der Atmosphäre in Nordschleswig hätte dienlich sein können, wenn die Zahl der Mitglieder des Amtsrates 27 geworden wäre. Andererseits ist die Verteilung der letzten Mandate oft ein

* Sønderjyllands Amtsråd ist der nordschleswigsche Kreistag, d. h. das Kommunalparlament des am 4.4.70 gebildeten neuen Großkreises.

Puzzlespiel, bei dem verhältnismäßig wenige Stimmen entscheidend sein können, so daß die Frage nach der Mitgliederzahl des Amtrates noch mehr zu der Frage führen muß, ob man einerseits die Arbeit bewältigen kann und zum anderen über einen genügend effektiven Apparat verfügt. Darum ist es noch zu früh für die Überlegung, ob wir die richtige Zahl gewählt haben oder nicht.

Eine andere interessierende Frage war, ob sich eine einigermaßen vernünftige regionale Verteilung der Amtratsmitglieder auf alle Gebiete des neuen Amtsbereiches ergeben würde. Das waren Bedenken, die besonders im Westen auftauchten. Nach der Wahl dürfen wir wohl feststellen, daß die Verteilung sehr gut ausgefallen ist. Auch die Westgebiete sind angemessen vertreten. Sollte man Gebiete benennen, die keine überwältigende Vertretung bekommen haben, so wären es die Gemeinden ganz oben im Norden.

Aber ich sollte ja nicht so sehr über das reden, was geschehen ist, sondern mehr über die Arbeit, in der der Amtrat jetzt steht. Es muß gesehen werden, daß die ersten Monate mit der Klärung der Verwaltungsfragen vergangen sind. Nachdem das neue Gebäude der technischen Verwaltung in Apenrade in Benutzung genommen wurde, sollte in der Amtsbehörde der Betrieb ordnungsgemäß laufen. Ihr Aufbau entspricht derjenigen in vielen Gemeinden. Im Mittelpunkt stehen die Haushalts- und die allgemeine Verwaltung, die auch die bedeutendste Personalausstattung haben. Daneben besteht eine verwaltungsmäßige Aufteilung, die den vier Ausschüssen entspricht, wobei die technische Verwaltung ihre eigene Behörde hat, die von einer Dreizahl geleitet wird, welche aus Sekretariatschef Kjöllér, Amtsstraßeninspektor Knud Jensen und Amtsbauinspektor Peer Holm besteht. Das ist eine recht umfangreiche Behörde. Zählt man die Bezirksstraßeningenieure mit, so kommt man auf etwa 83 Personen. Der Unterrichts- und Kulturausschuß und der Sozial- und Gesundheitsausschuß haben eine gemeinsame Behörde, da die Arbeit besonders der Sozial- und Gesundheitsverwaltung noch nicht sehr umfangreich ist. Diese Behörde wird von Sekretariatschef Johan Nielsen geleitet. Die Krankenhausverwaltung ist noch auf die einzelnen Krankenhäuser dezentralisiert, aber Amtskommunaldirektor Harsberg ist Sekretär des Krankenhausausschusses. Wenn hier noch keine entscheidenden Entschlüsse gefaßt wurden, so deshalb, weil wir die Entscheidung über die künftige Zugehörigkeit des Landeskrankenhauses abwarten wollten. Diese Klärung kommt ja in diesem Jahre, danach kann man damit rechnen, daß eine wenn auch begrenzte Zentralverwaltung des Krankenhauswesens eingerichtet wird. Auch das Verhältnis der Schulkonsulenten steht noch zur Überlegung und Entscheidung an. Mit April 1972 sollen wir nur einen Amtskonsulenten für die Volksschule, einen Amtskonsulenten für den Freizeitunterricht und einen Amts-Schulpsychologen haben, aber wir rechnen schon im Laufe des Jahres 1971 mit der Durchführung der im Gesetz

vorgesehenen Vereinfachung.

Man hat sich dafür entschieden, die Amtsverwaltung in Apenrade zu zentralisieren, hat aber einen Teil der technischen Verwaltung in Tondern belassen, wohin man nach und nach das gesamte Amts-Wasserstraßenwesen verlegen will. Auch einzelne Konsulenten im Schulbereich werden in ihren Distrikten wohnen bleiben. Die technische Verwaltung hat das Amtsgebiet in sechs Distrikte eingeteilt, die je von einem Distrikts-Straßeningenieur, der in dem betreffenden Gebiet wohnt, geleitet werden. Das Hauptproblem der Verwaltung ist im Augenblick, daß wir auch in Apenrade viele verschiedene Dienststellen haben. Es ist daher ein natürlicher Wunsch, daß wir so bald wie möglich ein eigenes Verwaltungsgebäude bekommen.

*

Ich komme dann zur Besprechung der einzelnen Verwaltungsbereiche. Es liegt nahe, zuerst den Technischen Ausschuß zu nennen, da diesem Ausschuß bei weitem die meisten Sachen zur Behandlung vorliegen. Das liegt nicht so sehr an der Straßenabteilung, sondern vor allem an der Bauabteilung, da der Amtrats (Kreistag) ja immer noch die Baubehörde für große Teile des Amtsbereichs und außerdem die Beschwerdeinstanz für die ganze Amtskommune ist. Hinzugekommen ist aber das neue Gesetz über die Stadt- und Landzonen, das am 1. Januar 1970 in Kraft trat. Es ist wichtig, darauf hinzuweisen, daß das Stadt- und Landzonengesetz ein neues Gesetz ist, welches zur Zeit des früheren Amtrats nicht bekannt war. Der Technische Ausschuß ist hier wegen einer Reihe seiner Beschlüsse auf starke Kritik gestoßen. Ich meine aber, man muß dem Ausschuß eine gewisse Zeit geben, um die hauptsächlichsten Richtlinien zu erarbeiten. Das scheint man jetzt getan zu haben. Die größte Unsicherheit hat sich bemerkbar gemacht gegenüber den Bestimmungen des Gesetzes über die Bebauungspläne, besonders, soweit sie eine künftige Verwendung zu Freizeit- und Erholungszwecken betrifft. Der Ausschuß wird weiterhin keine kleinen Parzellen gutheißen können, sondern größere mit Wohlwollen betrachten. Das Stadt- und Landzonengesetz hat übrigens mit sich gebracht, daß in fast allen Gemeinden Planungen zur Sicherstellung einer gewissen Stadtentwicklung im Gange sind, wobei Areale für Stadtzonen ausgewiesen werden. Ich für meine Person kann den Gemeinden nur empfehlen, das möglichst zu beschleunigen. Darüber hinaus möchte ich den Gemeinden empfehlen, so bald wie möglich zu versuchen, eine eigene Baubehörde aufzubauen. Einerseits ist es natürlich, daß diese Behörde bei den einzelnen Gemeinden placiert ist, zum anderen wird die Technische Behörde des Amtes eine solche Entwicklung höchst zufrieden begrüßen.

Nordschleswig hat ein gutausgebautes Straßennetz, so daß die

Straßenbauaufgaben nicht sehr groß sind, wenn man von dem Autobahnprojekt und dem Bau der neuen Brücke über den Alsenund absieht. In beiden Fällen handelt es sich glücklicherweise um volle Staatsfinanzierung. In nicht allzu ferner Zeit wird übrigens Stellung genommen werden zu einer Einteilung der Straßen des Amtes in Staatsstraßen, Amtsstraßen und Gemeindestraßen. Staatliche Straßen werden die allerwichtigsten Hauptstraßen, Amtsstraßen werden die Straßen, die die großen Stadtgemeinden verbinden, während die Gemeinden künftig das lokale Straßennetz verwalten werden. Diese Dreiteilung der Straßenverwaltung wird vermutlich zugleich mit sich bringen, daß die Straßenkostenerstattung fortfällt, was einen bedeutenden Einfluß auf die Höhe der Straßenkosten sowohl für die Gemeinden als auch für das Amt haben wird.

Der *Krankenhausausschuß* ist derjenige, der das meiste amtskommunale Geld verwaltet, da die Hälfte der Einnahmen der Amtsverwaltung für den Krankenhausbetrieb und den Krankenhausbau verwandt wird. Der Ausschuß hat ein großes, im Gange befindliches Krankenhaus-Bauvorhaben geerbt, den so viel diskutierten Bau am Haderslebener Damm. Darüber hinaus ist man Teilhaber des im Gange befindlichen, teilweise staatsfinanzierten Bauvorhabens in Sonderburg. Außerdem hat man beträchtliche Mühe mit den Problemen, die sich an die Übertragung des Landeskrankenhauses auf die Amtsbehörde knüpfen. Letztere soll voraussichtlich am 1. April 1972 erfolgen; wenn der Gesetzesvorschlag, der im Augenblick auf dem Tisch des Folketings liegt, durchkommt, wird die Amtsverwaltung 35 Mill. Kronen als eine Art Mitgift bekommen, doch der Staat will weiterhin den ersten Bauabschnitt, dessen Abschluß für 1974 erwartet wird, mitfinanzieren. In nicht allzu ferner Zukunft sollen die Richtlinien der Gesundheitsverwaltung für die kommende Krankenhausplanung vorliegen. Man weiß schon, daß sie hauptsächlich darauf hinzielen, daß jedes Amtsgebiet (Kreisgebiet) eigentlich nur ein Krankenhaus haben sollte. Aber man erkennt doch im gleichen Atemzuge an, daß die Vorstellung unrealistisch ist, und darin muß man der Denkschrift zustimmen. Wenn man sieht, was überall im Land im Krankenhausbau investiert worden ist, im großen ganzen in allen größeren Städten, so wird man bald erkennen, daß eine so radikale Änderung der bisher betriebenen Krankenhauspolitik wenn nicht aus anderen, dann aus ökonomischen Gründen utopisch ist. Das Ziel muß vielmehr sein, das gesamte Krankenhauswesen des Amtsbereiches als *ein* Krankenhaus zu betrachten, wobei die einzelnen Krankenhäuser immer mehr besondere Schwerpunkte entwickeln. Das bedeutet, daß die Bevölkerung sich künftig daran gewöhnen muß, nicht das nächste Krankenhaus aufzusuchen, sondern das Krankenhaus, in dem die beste und sicherste Behandlung gewährleistet ist. Die Verkehrsmittel haben es mit sich gebracht, daß es keine große und unüberwindliche Beschwerde ist, ein anderes

Krankenhaus in Nordschleswig aufzusuchen als das nächste. Im übrigen ist die durchschnittliche Verweildauer im Krankenhaus heute wesentlich niedriger als früher.

Der Krankenhaus-Ausschuß hat die sehr umfangreiche Aufgabe, das zukünftige Krankenhauswesen im Amtsbereich Südjütland zu planen. Soweit ich es beurteilen kann, stehen keine großen Möglichkeiten zu durchgreifenden Veränderungen zur Debatte. Die Vergangenheit hat für uns geplant, indem große neue Krankenhäuser in Hadersleben und Sonderburg und ganz gute, z. T. neue Krankenhäuser in Apenrade und Tondern placiert wurden. Es wäre doch merkwürdig, wenn man in der Planung, nicht zuletzt mit Rücksicht auf die geringen Entfernungen im Amtsbereich, nicht zu dem Ergebnis käme, daß diese vier Stätten die natürlichen Möglichkeiten für eine Entwicklung des Krankenhauswesens darstellen, oder auf jeden Fall an dem, was vorhanden ist, festhält. Dieser Gesichtspunkt wird wohl auch stark unterstrichen durch die Tatsache, daß für ein Bett mit allem Zubehör im Krankenhaus in Hadersleben Kosten in Höhe von 600 000 bis 700 000 Kronen erwartet werden. Hinsichtlich Tonderns könnte man darauf verweisen, daß es für den Amtsrat eine verhältnismäßig einfache Art der Mitwirkung an der Weiterentwicklung der Westküste wäre, wenn man einen angemessenen Ausbau des Krankenhauses in Tondern sicherstellte.

Für das Staatshospital in Augustenburg wird die Übertragung an die Amtsverwaltung erwartet, aber wahrscheinlich erst irgendwann im Laufe der siebziger Jahre. Darin zeigt sich die Erkenntnis, daß es als Folge der Entwicklung heute das Natürlichste ist, das gesamte Krankenhauswesen zu *einem* Krankenhauswesen zu integrieren.

Es liegt nahe, vom Krankenhaus-Ausschuß auf den *Sozial- und Gesundheitsausschuß* überzuleiten. Dieser Ausschuß steht zur Hauptsache noch in den Startlöchern, da man die endgültige Aufgabenverteilung abwartet, dies besonders auf dem sozialen Gebiet, wo bekanntlich davon ausgegangen wird, das der Amtsrat eine Art Sozialzentrum für das ganze Amtsgebiet errichten wird. Es ist noch nicht ganz klar, wie das geschehen soll, aber man darf annehmen, daß es sich vor allem um eine beratende und koordinierende Tätigkeit in Verbindung mit den Sozialverwaltungen der Gemeinden handeln wird. Man kann die Aufgabe vielleicht vergleichen mit der, die augenblicklich den Konsulenten auf dem Gebiet der Schule obliegt, aber wahrscheinlich mit der Maßgabe, daß die speziellen sozialen Aufgaben auch bei dem Sozial- und Gesundheitsausschuß zusammengefaßt werden. Ich könnte da auf die Mutterschaftshilfe und das Rehabilitationszentrum hinweisen, um nur einige Beispiele zu nennen. Darüber hinaus könnte man sich denken, daß der Amtsrat ein besonderes Team von sachkundigen Spezialisten zur Lösung von Problemen einsetzt, die die einzelnen

Gemeinden nur schwer lösen können.

Der Amtsrat hat nicht die Absicht, sich auf das Gebiet der Pflegeheime zu begeben, man hat im Gegenteil beschlossen, das einzige amtseigene Pflegeheim, das sich in dem Gebiet befindet (Skærbæk) an die interessierten Gemeinden zu verkaufen.

Danach werden sämtliche Pflegeheime im Amtsgebiet gemeindlich oder privat sein. Man muß also damit rechnen, daß der Amtsrat auf dem Gebiet der Pflegeheime sich nur um Aufgaben von speziellem Charakter kümmern wird, z. B. Einrichtung von Pflegeheimen für junge Behinderte oder andere besonders schwierig Gestellte, deren Probleme billigerweise nicht von den einzelnen Gemeinden gelöst werden können. Der Amtsrat hat beschlossen, einen Amtspflegeausschuß zu gründen, aber es ist nicht die Meinung des Amtrates, daß dieser Ausschuß Aufsichtsbefugnisse gegenüber den bestehenden Pflegeheimen haben soll, so daß es bis auf weiteres so sein wird, daß die einzelnen Gemeinden selbst bestimmen können, wer eventuell frei werdende Plätze in den Pflegeheimen bekommen soll.

Die Frage nach dem Bedarf von Pflegeheimplätzen ist eng mit der weiteren Entwicklung des nordschleswigschen Krankenhauswesens verknüpft. Es kann kein Zweifel darüber bestehen, daß man bei der künftigen Planung bald zu der Erkenntnis kommen wird, daß es wünschenswert ist, innerhalb des Krankenhaussystems eine oder mehrere sogenannte Langzeitabteilungen einzurichten. Diese Abteilungen sind gedacht für Patienten, die einen langen Aufenthalt bei ärztlicher Behandlung benötigen. Das besagt, daß diese Langzeitabteilungen und die Pflegeheime sich in vielen Fällen überschneiden werden, ebenso wie vermutlich im Augenblick in unseren Krankenhäusern eine Menge Patienten liegen, die ausgezeichnet in Pflegeheimen wohnen könnten. In diesem Zusammenhang muß man auch die Frage stellen, ob es nicht zweckmäßig wäre, künftig jedenfalls in einem gewissen Umfang einen Teil der Pflegeheimplätze als *zwischenzeitliche* Plätze zu betrachten, bei denen vorgesehen ist, daß der Pflegepatient wieder in seine eigene Wohnung zurückkehren kann. Hier sehen wir schon, daß ein enger Kontakt zwischen dem modernen Krankenhauswesen und den Pflegeheimen und damit wiederum zu den Sozialverwaltungen besteht.

Aber auch auf einem anderen Gebiet bestehen absolut zusammenfallende Interessen, da wir in Zukunft in weit höherem Grade als bisher darauf angewiesen sein werden, der vorbeugenden Gesundheitspflege unser Interesse zuzuwenden. Es versteht sich von selbst, daß es das Beste für alle Teile ist, wenn die Gesundheits- und Krankheitsprobleme zu einem möglichst frühen Zeitpunkt gelöst werden können. Wir müssen also dafür sorgen, daß die gesundheitsfördernde und krankheitsbekämpfende Arbeit künftig noch mehr Hand in Hand arbeiten, und das

bedeutet, daß eine Zusammenarbeit zwischen dem Krankenhauswesen, den Gesundheitsbehörden, den Ärzten und den Sozialverwaltungen von Amt und Gemeinden besonders dringlich ist. Man muß sich eigentlich fragen, ob es sehr zweckmäßig gewesen ist, daß bei den Amträten sowohl ein Krankenhausausschuß als auch ein Sozial- und Gesundheitsausschuß etabliert wurde, aber nur die Zukunft kann erweisen, ob diese Entscheidung richtig war.

Der Unterrichts- und Kulturausschuß hatte eine lange Reihe von Aufgaben zu erörtern. Auf dem Gebiet des Unterrichtswesens gab es Dinge wie die Neuorganisation der Schulverwaltung und der Konsulententätigkeit, die Inbetriebnahme der Schule für Verhaltensschwierige in Sofiedal sowie die Behandlung einer Anzahl von Anträgen der Gemeinden zum Schulbau. Es ist im Gesetz vorgesehen, daß eine gemeinsame Planung für die Volksschulen und die Freizeiterweiterung für das gesamte Amtsgebiet erfolgen soll. Diese muß natürlich von der Planung der einzelnen Gemeinden ausgehen, die ja auch die Grundlage dafür bildet. Es wird nicht mehr lange dauern, bis von dem Ministerium Richtlinien herauskommen; danach werden die einzelnen Gemeinden aufgefordert, ihre Pläne vorzulegen, die dann von dem Amtrat koordiniert und bestätigt werden. Bei dieser Planung wird es für die einzelnen Gemeinden nötig sein, auch die privaten Schulen, die sich in ihrem Bereich befinden, zu berücksichtigen. Das sind bei uns ganz überwiegend die Schulen des Deutschen Schulvereins, deren Umfang jedenfalls in einem Teil der Gemeinden von Bedeutung für die endgültige Planung sind.

Es wird im übrigen erwartet, daß der Amtrat zu einem späteren Zeitpunkt größeren Einfluß auf die technischen Berufsschulen und die allgemeinen Handelsschulen nehmen wird. Darüber hinaus ist zu erwarten, daß auch die Gymnasien im Laufe der siebziger Jahre auf die Amtsverwaltung übergehen, so daß voraussichtlich der Amtrat schließlich eine recht umfassende Schulbehörde bekommen wird.

Die Universität wurde ja nicht nach Nordschleswig gelegt. Ich meine, man muß das zur Kenntnis nehmen. Ich sehe mich aber veranlaßt, wie schon früher darauf aufmerksam zu machen, daß der Beschluß, eine Universität (oder ein Unterrichtszentrum) in Esbjerg zu placieren, einen sehr negativen Einfluß auf die zukünftige Entwicklung des weiterführenden Schulwesens im Bereich des Amtes Nordschleswig bekommen kann. Ich habe neulich dem Unterrichts- und Kulturausschuß vorgeschlagen, die Gründung einer weitgreifenden Kommission anzustreben, welche sich vornehmen soll, unser ganzes weiterführendes Ausbildungswesen durchzuackern mit dem Ziel seiner Weiterentwicklung und Ergänzung mit Ausbildungsrichtungen, die im Augenblick im Landesteil nicht vorhanden sind. Es wird wohl recht bald eine Einladung zu einer Versammlung

wegen dieser Fragen erfolgen. Auch der Deutsche Schul- und Sprachverein für Nordschleswig wird zur Teilnahme an dieser Arbeit eingeladen. Ich glaube, es wird nötig sein, in den kommenden Jahren die Entwicklung in diesen besonderen Unterrichtsbereichen mit sehr großer Aufmerksamkeit zu verfolgen, um zu verhindern, daß die Ausbildungsmöglichkeiten bei uns sich im Verhältnis zu dem übrigen Land verringern.

Ein Teil der *kulturellen Aufgaben* des Amtes ist geklärt. Das gilt für das Sønderjyllands Symphonieorkester, das jetzt als Gemeinschaftsunternehmen des Staates, der Gemeinde Sonderburg und Sønderjyllands Amtskommune etabliert ist. Das gilt auch für die Museen in den vier Städten, die jetzt einheitliche Zuschußordnungen und Zugehörigkeitsverhältnisse bekommen. Man wird sich wahrscheinlich darauf einigen, daß die örtlichen Kommunen 25 Prozent der Betriebskosten tragen und die Amtsbehörde 75 Prozent. Das ist eine Regelung, die im Vergleich mit den Verhältnissen im übrigen Lande für die Lokalbehörden sehr vorteilhaft ist, aber die Aufgabe muß auch im Licht der traditionellen Zusammenarbeit gesehen werden, die bisher in Nordschleswig üblich war. Noch offen ist die Entscheidung über das Kunstmuseum in Tondern, welches vermutlich ein amtskommunales Museum, jedoch vielleicht auch mit gewissen jährlichen Zuschüssen der Gemeinde Tondern wird. Man wird versuchen, das Kunstmuseum in sehr enge Zusammenarbeit mit den übrigen Museen zu bringen, so daß es möglich sein wird, Kunstausstellungen u. a. m. zu veranstalten. Der Zuschuß des Amtes zum Bibliothekswesen ist durch Gesetz festgelegt. Hier werden sich vermutlich im Laufe der nächsten Jahre gewisse Änderungen ergeben, so daß das Amt mehr in Erscheinung tritt, wohl besonders in Hinblick auf die Funktion und den Haushalt der Zentralbibliothek. Wie bekannt ist, liegt bisher nichts Neues hinsichtlich der deutschen Zentralbibliothek in Apenrade vor.

Am aktuellsten ist die Frage der nordschleswigschen Landesbühne. Es wurde seinerzeit eine Denkschrift ausgearbeitet, die ebenso wie das neue Theatergesetz vorsieht, daß für eine eventuelle Landesbühne eine Unterschußdeckung von 75 Prozent durch den Staat und 25 Prozent durch die Amtsbehörde geleistet werden kann. Im Amtsrat bestand absolut Neigung dafür, daß etwas in dieser Sache unternommen werden sollte, die schon so lange auf der Tagesordnung steht. Der Unterrichts- und Kulturausschuß will jetzt untersuchen, wie man mit dem Aufbau der Landesbühne in einem bescheidenen Anfang, aber doch mit einem gewissen festgelegten Programm für die weitere Entwicklung beginnen kann. Eine Landesbühne wird beträchtliche wirtschaftliche Ansprüche an die Amtsbehörde, aber besonders auch an die Gemeinden stellen, die ausersehen sind, die sogenannten großen Spielstätten zu beherbergen. Es handelt sich um

Hadersleben, Rödding, Tondern, Sonderburg und Norburg. Darüber hinaus soll die Gemeinde Apenrade sehr bedeutende Mittel in das zentrale Theater investieren. Wenn man von den Preisen von 1969 ausgeht, wird der jährliche Betriebsunterschuß bei vollem Ausbau etwa eine Million Kronen betragen. Man hat die Frage nach der Errichtung eines Kulturfonds gestreift, der von dem Ausschuß zur Förderung kultureller Zwecke, wie z. B. Kunstaustellungen, Künstleraufenthalte im Landesteil, Zuschüsse zu Kunstankäufen der Institute usw. verwandt werden könnte. Vermutlich würde es eine Förderung der Aktivität bedeuten, wenn der Ausschuß über einen solchen Fonds disponieren könnte und damit nicht jedesmal die Anträge im Amtsrat behandelt werden müßten.

*

Das Jahr, welches wir jetzt begonnen haben, wird man wohl als das Jahr der Planung charakterisieren können. In meinem Rechenschaftsbericht habe ich gewisse Planungsaufgaben gestreift, die in nächster Zeit in Angriff genommen werden. Hinzu kommt die sehr wichtige Frage der Durchführung des eigentlichen Sønderjyllandplanes. An verschiedenen Stellen im Lande hat es Ansätze zur Ausarbeitung eines gewissen Dispositionsplanes gegeben, wie z. B. in Nordjütland. Hier in Nordschleswig hat es auch Ansätze gegeben, aber die haben konkrete Form vorläufig nur in der vor einigen Jahren an der Universität Aarhus ausgearbeiteten Denkschrift zur Entwicklung Nordschleswigs, auch genannt „Gebietsentwicklung bei wirtschaftlichem Wachstum“, gefunden. Ich glaube, es wird eine der schönsten und erfreulichsten Aufgaben der kommenden Jahre sein, die Durchführung eines solchen Plans voranzutreiben der in gewissem Grade ein Pendant zum Nordjütland-Plan ist, oder — für uns aktueller — zu dem Schleswig-Holstein-Plan, der vor einigen Jahren ausgearbeitet wurde. Ein solcher Plan müßte die übergeordnete Verkehrsplanung, Entwicklungsmöglichkeiten, Vorstellungen über die Zukunft einschließen und natürlich eng verknüpft sein mit der Eigenplanung der einzelnen Gemeinden, so daß der Plan des Amtes und die Pläne der Gemeinden eine Einheit bilden.

Der Amtsrat wird in Zukunft vermutlich in steigendem Umfang die Vertretung der Interessen des Landesteils nach außen hin wahrzunehmen haben. Ich denke da in erster Linie an den Kontakt mit den zuständigen Stellen in Kopenhagen, wie Folketing und Regierung. In einem gewissen Maße ist hier schon die Initiative ergriffen worden. Das gilt z. B. für die südjütische Autostraße, die Brücke über den Alsensund, Pläne zur Stilllegung von Eisenbahnen und gewisse Unterrichtssituationen. Es kann kein Zweifel darüber bestehen, daß es die vornehmste Aufgabe des Amtsrats sein wird, im engen Kontakt mit den einzelnen

Gemeinden für Nordschleswigs Entwicklung zu sorgen.

Es wird für uns auch wesentlich sein, im Hinblick auf gewisse gemeinsame Aufgaben in dem erforderlichen Umfang den Kontakt mit den Ämtern Ribe, Vejle und Fünen aufrechtzuerhalten. Aber noch viel wichtiger erscheint es mir, daß der nordschleswigsche Amtsrat die Kontakte mit dem Gebiet südlich der Grenze intensiviert. Von vornherein gibt es ja gewisse kommunale Kontakte, z. B. zwischen dem früheren Amt Tondern und dem früheren Kreis Südtondern oder zwischen den vier nordschleswigschen Städten und der Stadt Flensburg. Es besteht kein Zweifel darüber, daß man sowohl südlich als auch nördlich der Grenze von einem weiterentwickelten Kontakt als dem augenblicklich bestehenden Nutzen haben würde. Einerseits gibt es ja viele Unterschiede zwischen der dänischen und deutschen Kommunalverwaltung und der Art, wie die Dinge gehandhabt werden, aber auf der anderen Seite gibt es auch mancherlei Berührungspunkte, nicht zuletzt in der praktischen Durchführung der Aufgaben.

Das bedeutet nicht den Wunsch nach Wiedererrichtung des alten Herzogtums Schleswig, so wie, nach dem, was man liest, gewisse Leute es wünschen. Es gibt Deutsche und Dänen südlich der Grenze. Es wohnen Dänen und Deutsche nördlich der Grenze. Sie haben ein gemeinsames Interesse daran, ihre Landesteile auszubauen, so daß sie Gebiete werden, in denen sich gut wohnen und leben läßt und die sich einer guten und gesunden Entwicklung erfreuen. Aber sie haben auch jeder ein Interesse daran, ihr eigenes Kulturleben zu führen, sei es deutsch oder dänisch. Gut, daß das in gegenseitigem Respekt und Verständnis geschieht und ohne Ansehen der Unterschiede und Verschiedenheit der Meinungen, die es gibt.

*Professor Troels Fink
wurde mit dem Kulturpreis der Stadt Kiel ausgezeichnet*

Am zweiten Tage der diesjährigen Kieler Woche wurde der dänische Generalkonsul in Flensburg, Professor Dr. Troels Fink, mit dem Kulturpreis der Stadt Kiel ausgezeichnet. Die Kieler Stadtpräsidentin Ida Hinz überreichte den mit 10 000 DM dotierten Preis in einer Festsitzung der Kieler Ratsversammlung. An der Feier nahmen auch Bundespräsident Heinemann und der schleswig-holsteinische Ministerpräsident Stoltenberg teil. In ihrer Laudatio auf den Preisträger sagte die Stadtpräsidentin, Professor Fink zähle zu den Persönlichkeiten, „die das offene Gespräch mit den Nachbarn immer gesucht haben, weil sie die Notwendigkeit erkannten, Grenzen und Schlagbäume aus dem menschlichen Bereich zu entfernen“. Er habe sich in vieler Hinsicht um die Harmonisierung der deutsch-dänischen Verhältnisse verdient gemacht. – Die Festrede von Professor Fink wird im Wortlaut im Grenzfriedensheft 3/71 zu finden sein.

*Hohe Auszeichnung für zwei deutsche Nordschleswiger:
Matthias Hansen und Harro Marquardsen*

Mit dem diesjährigen Knivsbergtreffen war ein besonderer Festakt im Deutschen Konsulat in Apenrade verbunden, in dessen Verlauf Fabrikant Matthias Hansen, Hadersleben, und der Hauptvorsitzende des Bundes deutscher Nordschleswiger, Harro Marquardsen, mit dem Bundesverdienstkreuz ausgezeichnet wurden. Die Verleihung wurde von dem Deutschen Botschafter in Kopenhagen, Dr. Günther Scholl, vorgenommen. Er sagte u. a. „Der Anlaß unserer Zusammenkunft ist ein erfreulicher und ungewöhnlicher. Ja, ich glaube, daß er einem historischen Augenblick gleicht. Wenn ich diese Stunde historisch genannt habe, so nicht zuletzt deshalb, weil seit dem Kriege zwischen Preußenösterreich und Dänemark um die Herzogtümer Schleswig-Holstein im Jahre 1864 ein Zustand herrschte, der es nicht opportun erscheinen ließ, die Beziehungen im deutsch-dänischen Grenzgebiet durch Ordensverleihungen zu komplizieren. Beide Seiten haben sich bis zum Frühjahr des Jahres 1970 an diese ungeschriebene Regel gehalten. Und ich verrate ihnen kein Geheimnis, wenn ich sage, daß sie im gegenseitigen Einvernehmen als gegenstandslos betrachtet wurde.“